

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich . . . Kr. 16.- vierteljährlich . . . 48.- halbjährig . . . 90.- ganzjährig . . . 192.- Rückstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken. Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

Vor einem Staatsstreich Karls?

Der stets sehr gut informierte Londoner 'Daily Telegraph' meldet über die Krise in Rumänien aus 'sicherer Quelle' folgendes: Das neue Kabinett Jorga sei nur der Vorhang, hinter dem sich die Vorbereitungen zu einer Militärdiktatur vollziehen. Als Diktator sei General Prezan ausersehen, der in enger Verbindung mit dem König stehe. Carol wolle durch die Vereinfachung des Parlaments und mit Hilfe der Diktatur zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Einmal solle mit harter Faust die wirtschaftliche und finanzielle Krise Rumäniens gestiftet und zweitens die offizielle Krönung Karls zum König ermöglicht werden. Bisher sei die Krönung an der Prinzessin Helene gescheitert, der geschiedenen Gattin des Königs, die eine Wiederverheiratung ablehne. Darüber wolle Carol jetzt durch einen Staatsstreich hinwegkommen.

Der 'Daily Telegraph' meldet ferner, daß Carol's Geliebte, Frau Lupescu, wieder in Untersuchung sei. Ihre Anwesenheit sei einer der Gründe, weshalb sich Titulescu am vergangenen Samstag geweigert hat, ein neues Kabinett zu bilden. Angesichts der drohenden Generaldiktatur würden sich die rumänischen Parteien gezwungen sehen, Vorbereitungen zum Schutze des Parlaments und der Verfassung zu treffen. Zum erstenmal in der Geschichte Rumäniens sei ein republikanischer Ausschuss im Entstehen begriffen. In Bessarabien sei bereits eine Einigung zwischen Sozialisten und der Bauernpartei zustande gekommen.

Bandervelde in Spanien.

Brüssel, 23. April. Der Vorsitzende der Zweiten Internationalen Bandervelde begibt sich morgen nach Spanien.

Madrid und Katalonien.

Madrid, 22. April. Der Staatsanzwäger veröffentlicht ein Dekret, durch das für jede spanische Provinz die Einsetzung einer Verwaltungskommission vorgeschrieben wird, die vorläufig den Aufgabenkreis der Provinzialdeputationen zu übernehmen hat. Artikel 6 dieses Dekretes betrifft die Verhältnisse in Katalonien und besagt: Da die Generalität von Katalonien gleichzeitig mit der Proklamierung der Republik wiederhergestellt worden ist, fallen die Provinzialdeputationen für ganz Katalonien fort. Die Provinzialneuerung in Katalonien ist Sache der Regierung der Generalität. Die Madrider Regierung wird übrigens, wie Innenminister Maura mitteilt, von nun an eine offizielle Vertretung bei der katalanischen Regierung in der Person des gegenwärtigen Gouverneurs von Barcelona haben.

Alfons in England.

„Und was ist mit Trocki?“ London, 23. April. (Nanter.) Innenminister Clynes wurde heute im Unterhause gefragt, ob der spanische Exkönig Alfons XIII. die Bewilligung zum Aufenthalt in Großbritannien eingeholt habe. Der Minister antwortete verneinend. Auf die weitere Frage, ob der Staatssekretär des Innern bereit sei, dem ehemaligen König das Asylrecht zu gewähren, antwortete Clynes, daß die Frage des Asyls überhaupt nicht in Betracht komme. Auf die weitere Frage, ob Alfons XIII. ein ordnungsgemäßes englisches Visum erhalten habe, antwortete Minister Clynes: Alfons XIII. kam unter Bedingungen nach England, die in voller Übereinstimmung mit den Bedingungen sind, welche stets in allen Ländern bei königlichen Besuchen üblich sind. Darauf riefen einige labouristische Abgeordnete: „Und was ist mit Trocki?“

Macdonald und die Lords.

London, 23. April. Das Oberhaus befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Land-Gesetzesvorlage und lehnte mit großer Mehrheit die beiden ersten Artikel ab, die sich auf die Errichtung einer Ackerbau-Land-Korporation und von großen Musterfarmen beziehen. Dem 'Daily Herald' zufolge erklärte Macdonald, als er über die Vorgänge im Oberhause unterrichtet wurde: Es wird einen radikalisieren Kampf geben, der bis zu Ende geführt werden wird. Die Lords werden der Wählerchaft Rechenschaft für ihr Verhalten ablegen haben.

Staatsgefängnis für politische Delikte.

Eine Vorlage des Justizministeriums

Im Einlauf der Sitzung befand sich u. a. eine Vorlage des Justizministeriums über das Staatsgefängnis, das bei politischen Delikten an Stelle der sonst üblichen Kerker, bzw. Gefängnisstrafen treten soll. Bedingung ist, daß die Straftat nach ihrem Charakter und nach den Umständen, unter denen sie verübt wurde, von der Absicht des Täters zeugt, Einfluß auf die Gestaltung der öffentlichen oder sozialen Angelegenheiten zu nehmen, und daß sie in ihrer Ausführung, in den verwendeten Mitteln oder in ihren verurteilenden Folgen nicht besonders verwerflich ist und nicht aus niedrigen oder unehrenhaften Beweggründen verübt wurde. Als besonders verwerflich, also ausgeschlossen von der Begünstigung, gelten immer bewußte Straftaten, die die Verteidigung des Staates bedrohen oder gegen die Wahrung, gegen die Sicherheit des Lebens oder endlich in größerem Umfang gegen das Eigentum gerichtet sind.

Die Strafe des Staatsgefängnisses kann im Urteil nur durch Einzelhaft oder durch Ausweisung verhängt werden. Die vorläufige Haft und die Untersuchungshaft ist immer für Gänge in die Strafe einzurechnen. Insofern mit der Verurteilung bestimmte Straffolgen verbunden sind (Verlust des Wahlrechts, der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Funktionen, Verlust von Reuegenüssen usw.), erlöschen diese Straffolgen mit dem Tode, an dem die Strafe vollzogen, nachgesehen oder ihr Vollzug verjährt ist.

Die Strafe des Staatsgefängnisses wird in der Strafanstalt oder im Gefängnis des Arrondissements, in dessen Sprengel der Verurteilte wohnt, vollzogen. Die Häftlinge genießen dabei folgende Begünstigungen:

Sie werden immer von den übrigen Häftlingen abgetrennt; über Ansuchen sollen sie nach Möglichkeit einzeln untergebracht werden. Sie dürfen eigene Kleidung, Wäsche und Schuhwerk sowie eigene Bettwäsche benutzen; sie dürfen zur Arbeit nicht gezwungen werden, dürfen sich aber nach eigener Wahl mit einer angemessenen Arbeit beschäftigen, die vom Standpunkt der Gefängnisdisziplin einwandfrei ist. Sie sind von der Reinigung der Gefängnisräume befreit und können sich eine durch Vermittlung der Gefängnisverwaltung an Stelle der Gefängnisstrafe einfache Verpflegung besorgen, dürfen sich vier Stunden täglich an der frischen Luft aufhalten und dabei körperliche Übungen ausführen. Endlich dürfen sie sich Bücher und Zeitschriften besorgen und lesen und Schreibmaterial benutzen, ferner rauchen und Besuche empfangen, soweit dies nicht den besonderen Vorschriften widerspricht, die diesbezüglich herausgegeben werden.

Neues Beneš-Exposé über die Zollunion.

Im Ton maßvoll, in der Sache unnachgiebig. — Wie sich Dr. Beneš eine Lösung im europäischen Rahmen vorstellt.

Prag, 23. April. Außenminister Dr. Beneš hielt heute in den Aussenausschüssen der beiden Häuser ein ausführliches Exposé, das ausschließlich der Frage der sogenannten österreichisch-deutschen Zollunion gewidmet war.

Der Minister recapituliert den Verlauf der Ereignisse seit der Veröffentlichung des Plans, insbesondere seine eigenen vorläufigen Erklärungen im Aussenaußenrat sowie die Erörterung des Reichsaussenministers Dr. Curtius und der Wiener Regierung. Diese Antworten waren in der Form maßvoll und Dr. Beneš anerkennt namentlich die sachliche Antwort des Ministers Dr. Curtius. Er selbst werde bemänteln, daß diese Sachlichkeit immer und unter allen Umständen in dieser Frage konsequent gewahrt werde.

Nach diesen einleitenden Worten befaßte sich Dr. Beneš mit den Argumentationen des Reichsaussenministers Dr. Curtius und bezeichnete dessen Standpunkt, daß der Zollunionplan als wirtschaftliche unpolitische Aktion in Gestalt eines unpolitischen Anschließens nach der juristischen Seite überpruft werden soll, als unhaltbar. Man könne doch nicht ernstlich behaupten, daß die Frage irgendwelcher Wirtschaftsoperationen größeren Stils in Europa heute, wo langsam Dreiviertel der gesamten europäischen Politik nur Wirtschaftsfragen bilden, eine unpolitische Angelegenheit sei. Speziell die österreichischen Wirtschaftsfragen waren und sind seit dem Friedensschluss eminent politisch. Hierbei handelt es sich um eine Wirtschaftsfrage, die einen speziellen politischen Aspekt besitzt, den sogenannten „Anschluß“, von dem sie nicht getrennt werden kann. Jede Zollunion von Staaten wie Deutschland und Oesterreich müßte als ein Schritt zur vollständigen wirtschaftlichen und politischen Vereinigung angesehen werden und nicht als Beispiel eines Regionalabereinkommens, das zur Einigung Europas führen könnte. Im Gegenteil, es ist ein Schritt zur Schaffung von zwei einander gegenüberstehenden Blöcken.

Bei dieser Gelegenheit streifte Dr. Beneš die politischen und wirtschaftlichen Aktionen der Weinen Entente, u. a. die Diskussionen über die Möglichkeit eines Abereinkommens zwischen den drei Staaten in Form von Präferenzverträgen für landwirtschaftliche Produkte.

Oesterreich haben wir niemals in irgendeiner Kombination gelockt und wollten es auch nicht hineinziehen. Demgegenüber habe Dr. Beneš die Notwendigkeit einer intimen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Oesterreich und den übrigen mitteleuropäischen Staaten betont und war namentlich stets für die Geltendmachung von Präferenzverträgen mit Oesterreich. Die Durchführung ist auf Schwierigkeiten gestoßen, die aber nicht von unserer Seite gekommen sind. Die Oesterreicher hatten wegen dieser Durchführung aus Rücksicht auf ihr Verhältnis vor allem zu Deutschland Befürchtungen, abgesehen davon, daß die Friedensverträge dieses Privilegium handelspolitisch nur zwischen den Signatarstaaten geregelt haben, so daß z. B. die neutralen Staaten in dieser Richtung überhaupt in keiner Weise gebunden waren.

Als Disziplinarstrafen können lediglich verhängt werden: Rüge, Festsen, Absonderung von den übrigen Häftlingen und Entzug einzelner Begünstigungen mit Ausnahme der drei erösterreichten (eigene Kleidung, kein Zwang zur Arbeit und zum Reinigen der Zelle).

Die vor der Wirksamkeit der Vorlage verhängten Freiheitsstrafen die nach den bisherigen Vorschriften über die politischen Häftlinge vollzogen werden, sind nach den Normen über das Staatsgefängnis durchzuführen. In anderen Fällen (Verurteilung nach dem Schulgesetze) hat über Ansuchen des Verurteilten das Gericht zu entscheiden, ob eine bereits verhängte Strafe in Staatsgefängnis umzuwandeln ist.

Im Notwendigen wird darauf verwiesen, daß eine derartige Vorlage über den Vollzug der Fall bei politischen Delikten schon im Jahre 1921 vorgelegt wurde und daß der Ausschuss an ihr keinerlei grundlegende Veränderungen vornahm, die aber dann nicht zur Durchführung kam. Namentlich das Schulgesetz mochte aber eine Regelung dieser Materie notwendig.

Ueber die Verletzung internationaler Verbindlichkeiten durch den Plan der sogenannten Zollunion heute zu kreieren wäre überflüssig.

Es ist nahezu gewiß, daß sich mit der Frage der internationalen Verbindlichkeiten im Haag beschäftigt wird, und Dr. Beneš zweifelt nicht, welchen Standpunkt er einnehmen wird, wenn der Sinn und Text der Verträge von Versailles und Saint Germain und des Genfer Protokolls von 1922 absolut klar sei. Er glaubt nicht, daß Genf vor der ganzen internationalen Welt den Kopf in den Sand stecken könnte.

Das einzige ernste Argument ist eigentlich die Erklärung der Wiener Regierung, daß Oesterreich in seiner wirtschaftlichen Situation auf eine europäische Lösung nicht warten kann. Dieses Argument reicht aber nicht aus, die Wichtigkeit des Plans und Vorgehens zu erweisen. Die Wirtschaftssituation von einigen mitteleuropäischen Staaten sei auch ernst. Aber der vorbereitete Plan Oesterreich helfe ihm aber nicht nur nicht, sondern er verführe dessen wirtschaftliches Leben so, daß er ihm tödliche Wunden verletzen könne.

Die Anhänger dieses Plans setzen offenbar voraus, daß in einer Art völliger Gleichheit dieser Wirtschaftsgemeinschaft eigentlich nur die Tschechoslowakei beitreten würde, deren Wirtschaftsstruktur sich der Struktur der beiden anderen Staaten am meisten nähert. Auf eine völlige und vollständige (Fortsetzung auf Seite 2.)

Politik ist Diskussion. Zum Exposé des Außenministers.

Das Exposé, das Herr Dr. Beneš gestern dem Aussenpolitischen Ausschuss erstattet hat, bedeutet in mehr als einer Hinsicht ein Novum und in unserem Sinne auch einen Fortschritt in den Methoden der tschechoslowakischen Aussenpolitik. Man könnte die Art, in der Dr. Beneš diesmal die Frage der mitteleuropäischen Zollunion behandelt hat, auf die Formel bringen, daß auch Politik Diskussion ist, wie nach Masaryks vielzitierten Definition Demokratie Diskussion ist. Nicht Auftrumpfen, Verbieten, lebhaftes Protestieren, sondern Argumentieren mit konkreten Argumenten wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Natur muß das Wesen der internationalen Politik in einem demokratisch organisierten Europa ausmachen. Wir geben gern zu, daß Herr Dr. Beneš diesmal den erheblichen Willen gezeigt hat, sachliche Gründe und Bedenken gegen den deutsch-österreichischen Zollplan vorzubringen, und wir sind der Ueberzeugung, daß er auf diese Weise auch weit mehr erzielen wird, als mit dem starren Nein seiner ersten Erklärungen.

Der Unterschied fällt vielleicht dort am stärksten ins Auge, wo der Minister von dem politischen Anschluß spricht. Es ist noch nicht so lange her, daß Dr. Beneš erklärt hat: Der Anschluß bedeutet den Krieg. Diesmal sagt er: Wenn es jemals zum Anschluß kommen sollte, so nur nach einer Entscheidung des Völkerbundes. Das ist natürlich ganz etwas anderes, und die Anschlußfreunde in Deutschland und Oesterreich haben auch niemals eine andere Lösung im Auge gehabt — es sei denn, daß ein Krieg oder eine Revolution das ganze heutige Staatensystem umwerfe und die Verträge vernichte. Die neue Formulierung in dieser Frage bedeutet tatsächlich einen Verzicht auf lärmende Prestigepolitik, wie ihn Beneš seinerseits in den jüngsten Äußerungen des deutschen Außenministers festhielt. Freilich, völlig frei von Prestige-Strömungen ist das Exposé Dr. Beneš' noch nicht. Wenn er sagt, daß kein vernünftiger Mensch von einem „selbstbewußten Tschechoslowaken“ die Zustimmung zu einem Mitteleuropaplan verlangen könne, der in einem deutschen 70 Millionenblock der Tschechoslowakei die politische Bewegungsfreiheit rauben würde, so weiß Herr Dr. Beneš wohl, daß dies nicht mehr als eine Redensart ist, die er dem Prestige zuliebe gebraucht. Das nationale „Selbstbewußtsein“ in diesem Sinne ist immer eine recht nebelhafte Fiktion gewesen und jetzt mit der Berufung auf das deutsche Selbstbewußtsein gleicher Färbung lehnen die Deutschnationalen PanEuropa ab, weil in ihm angeblich die französisch-deutschen Staaten die politische Bewegungsfreiheit Deutschlands behindern würden! Aber es sei nochmals zugegeben, daß sich in Beneš' Rede nur ganz wenige und schwächere Anklänge an die früher gerade auf der Prager Burg so beliebte Prestigepolitik finden.

Wir stimmen auch völlig mit der Forderung des Ministers überein, jede Bildung von Staatenblöcken zu verhindern, die nur die Einheit Europas gefährden und es in „politisch und wirtschaftlich verschieden orientierte Lager teilen“. Aber wir sind in diesem Punkte konsequent genug, alle Arten von Bündnissen und „Blöcken“ abzulehnen und wir sehen in dem deutsch-österreichischen Zollplan weder den ersten noch den gefährlichsten Versuch zu einer Verteilung Europas. Unseres Wissens hat von den größeren europäischen Staaten sich nur England von Bindungen freigehalten, Frankreich und Italien aber haben ein weitverbreitetes Netz militärischer und politischer Bündnisse aufgebaut, das auf deutscher Seite und in demokratisch-pazifistischen Kreisen als eine sehr ernste Gefährdung des Friedens und als die glatte Verneinung der europäischen Einheit aufgefaßt wird. Wir sind mit Dr. Beneš

darin einig, die Zerteilung Europas für gefährlich zu halten, aber wir leben in der Existenz der Allianzen und Ententes zwischen Frankreich und Polen, Frankreich und der Kleinen Entente, zwischen Italien und Ungarn, zwischen Polen und Rumänien, wir leben vor allem im ureigensten Werk des Dr. Venes, in der Kleinen Entente Versuche, die europäische Einheit durch die Schaffung politisch-militärischer Blochs zu zerteilen und den Frieden zu gefährden. Darum sind wir immer gegen diese Ententes gewesen und darum können wir den Urheber dieser Politik der Bündnisse und Militärkonventionen, die an einzelnen Punkten bis zur Einkreisung der Nachbarstaaten gediehen sind, das moralische Recht zur Wahrung der europäischen Einheit und Einheit nicht zubilligen. Es wäre höchstwahrscheinlich niemals zu der deutsch-österreichischen Sonderaktion gekommen, wenn Frankreich nicht die übelsten „Vorriegemethoden“ noch überboten hätte. Vergessen wir nicht, daß ja die Bündnisse, die zum Kriege führten, keine wirtschaftlichen, sondern die Vorkämpfer und Vorbilder der jetzigen Militärbündnisse waren! So würde man an mancher Stelle der Rede des Außenministers mehr Objektivität wünschen, etwa wenn er der österreichischen Regierung vorhält, daß sie den unionsfeindlichen Wiener Zeitungen mit einem schroffen Kommuniqué entgegengetreten ist. Herr Dr. Venes darf nicht vergessen, daß diese Zeitungen doch nicht Träger einer freien Ueberzeugung, sondern Reptilien sind, die aus dem reichen Fonds des Prager Außenministers gespeist werden. Muß nicht die österreichische Regierung, die es sich nicht leisten kann, ähnlich lustspielige Unternehmungen in Prag oder Paris zu unterhalten, mit Erbitterung das freche Treiben der Wiener Orbis-Blätter verfolgen, die doch für ihre Kritiken am Unionsplan von Dr. Venes bezahlt werden?

Aber wir wollen die Rede des Außenministers keineswegs nach kleinen Formfehlern und Irrungen im Tonfall untersuchen, sondern ihrem sachlichen Inhalt gerecht werden. Den stärksten sachlichen Einwand gegen die Union hat Venes in den „Zwischensollen“ gefunden, die zwischen Oesterreich und Deutschland vorgezeichnet sind und die dem Charakter einer Zollunion tatsächlich widersprechen, so daß die anderen Staaten sich mit Recht über die Verletzung der Meistbegünstigungsklausel beklagen können. Die Folgen einer deutsch-österreichischen Zollunion für die tschechoslowakische Industrie und vor allem für die deutsche Industrie des Staates malt Venes in dunklen Farben, freilich nicht ohne den Trost, wir würden den Prozeß einer Umorientierung unserer Wirtschaft überleben und im Süden und Osten neue Märkte finden. Demgegenüber besteht aber das Bedenken, daß der Süden und Osten, mit dessen politischer Solidarität Dr. Venes rechnet, sich möglicherweise in nicht zu ferner Zeit der Union anschließen wird, und zwar desto leichter und williger, je schroffer unsere Agrarier sich gegen die Einfuhr rumänischer, ungarischer und südslawischer landwirtschaftlicher Produkte wehren. Die Union würde auf die agrarischen Staaten eine gewaltige Anziehung ausüben und wir können eines Tages in völliger Isolierung stehen. Wir sind hier also weit pessimistischer als Venes, dagegen sind wir nicht in dem Maße wie er vor den Folgen eines etwaigen (von ihm noch immer als ausgeschlossen erachteten) Anschlusses an die Union besorgt. Freilich würde unsere Industrie auch dann eine schwere Krise durchmachen, um sich der deutschen Konkurrenz anpassen zu können. Aber diese Krise bleibt uns so oder so nicht erspart. Ob wir in einer Zollunion, ob wir auf den unstrittigen Ostmärkten mit der deutschen Konkurrenz ringen müssen, das ist wohl einerteil. Einmal wird unsere Industrie aufhören müssen, sich auf Zollschutz und Protektion zu verlassen, eine Verzögerung dessen, was unvermeidlich ist, hat noch niemals Nutzen gebracht.

Die entscheidende Frage bleibt aber doch die nach dem Ausweg, der sich Europa, der sich den deutschen Staaten, der sich uns aus der gegenwärtigen Krisensituation bietet. Dr. Venes gibt zu, daß vor allem Oesterreich nicht gut warten kann, bis man in Genf von der Theorie zur Praxis gekommen ist. Er muß einsehen, daß Deutschland, mit den Reparationen belastet, noch weniger warten kann. Er müßte zugeben, daß eigentlich auch wir nicht mehr lange warten können und daß außer Frankreich, dem Staat einer fast dauernden Prosperität, keine europäische Macht die Organisation Paneuropas auf die lange Bank schieben kann. Herr Dr. Venes hat erfreulicherweise seinem Bericht diesmal eine Reihe konkreter Vorschläge folgen lassen, wodurch wir mir wünschen können, daß sie ehestens und ener-

gisch verwirklicht würden. Sie stellen ein Minimalprogramm für Panuropa dar, aber wir glauben, daß sie, wenn innerhalb der Reglementierung der Industrie auf die Bedürfnisse Deutschlands und Oesterreichs entsprechend Rücksicht genommen würde, die Union überflüssig machen. Aber sie müßten dann in kürzester Frist und ohne Klauseln verwirklicht werden. Anderenfalls bedeuten sie wie Briands Panuropa nur einen schwachen Trost und einen Scherz auf die Zukunft, mit dem sich Berlin und Wien nicht zufriedengeben werden.

Wir nehmen mit Genugtuung die Zusage

Neues Venes-Exposé.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Angliederung der landwirtschaftlichen Staaten in Mitteleuropa ist offenbar aus Gründen der inneren Agrarpolitik vor allem in Deutschland nicht gerechnet worden. Damit diese Staaten trotzdem dem Plan zustimmen, bleiben

Zwei Möglichkeiten offen:

Entweder sie durch formellen Beitritt anzugliedern, so daß sie Mitglieder unter Beibehaltung des ganzen Systems der Zwischenzölle würden, oder es würde der Plan auf die drei angeführten Industriestaaten beschränkt bleiben und die übrigen Agrarstaaten Mitteleuropas würden durch ein bloßes System von Präferenzzöllen auf Agrarprodukte angeschlossen werden. Deutschland allein wäre imstande, die Ueberherrschaft der Agrarproduktion dieser Staaten aufzubringen; die deutsche Landwirtschaft würde im wesentlichen nicht geschädigt, für die Industrie und den Handel Deutschlands würde dieses große Gebiet großen Gewinn bedeuten.

Es wäre naive zu erwarten, daß die öffentliche Meinung sich davon überzeugen lassen könnte, daß dies alles nur eine Wirtschaftfrage ist. Deshalb muß die ganze Frage vom wirtschaftlichen und vom politischen Standpunkt analysiert werden.

Wirtschaftlich erachtet Minister Dr. Venes diesen ganzen Plan einfach für unrealisierbar.

Das ganze europäische Handels- und Wirtschaftssystem ist auf dem Grundsatze der Meistbegünstigung aufgebaut. Eine deutsch-österreichische Zollunion, welche innere Zölle beibehält, verletzt diese Klausel. Die Befreiung der Klausel würde ein allgemeines Chaos in Europa und den Handelskrieg aller gegen alle bedeuten.

Der zweite Wirtschaftsgrund gegen den Plan besteht darin, daß die geplante Zollunion eine Erhöhung der Agrar- und Industriezölle Oesterreichs auf das Niveau Deutschlands bedeuten würde; wenn die Tschechoslowakei beitreten würde, so würde dies dasselbe bedeuten.

Die dritte große Folge wäre die Beherrschung des ganzen Gebietes der sogenannten Union durch die deutsch-österreichische, eventuell auch tschechoslowakische Industrieerzeugung, und die vollständige Ausschließung der Produktion der anderen Staaten. Dies würde eine Verstärkung des Wirtschaftskampfes zwischen den großen europäischen Gruppen bedeuten, zu einer unerbittlichen Spannung zwischen dem einzelnen Bloch und schließlich zu direktem Kampf führen. Wir dagegen wollen eine Politik der Stabilisierung und dann eine systematische Herabsetzung der Zölle in allen europäischen Staaten und auf dieser Grundlage die Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit.

Ebenso gewichtig sind unsere politischen Gründe gegen den Plan. Politisch würde die Tschechoslowakei in einem 70 Millionenbloch fast jede politische Bedeutung und überhaupt die ganze politische Bewegungsfreiheit verlieren. Kein vernünftiger Mensch könne dies von einem selbstbewußten Tschechoslowaken verlangen.

Die Tschechoslowakei könne keiner Kombination beitreten, welche nicht in Genf oder wenigstens im Einvernehmen mit den Hauptinteressenten vereinbart wäre. Schließlich hat die Tschechoslowakei einfach vom Standpunkt ihrer internationalen Verpflichtungen kein Recht, an einer solchen Kombination teilzunehmen, denn sie hat die Friedensverträge und das Genfer Protokoll unterschrieben und ist verpflichtet, die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit Oesterreichs zu respektieren. Es verbleibt also nur

die Möglichkeit einer beschränkten, bloß deutsch-österreichischen Union.

Wir sind gegen diesen Plan. Die Zollunion wäre eine Vorbereitung für den politischen Anschluß. Die Verwirklichung dieser Union würde ferner zur Bildung neuer politischer und wirtschaftlicher Blochs in Europa führen und wir würden zu den Vorriegemethoden zurückkehren. Diejenigen, die für die Tschechoslowakei eine Isolierung befürchten, können beruhigt sein. Es würde zu neuen Kooperationen kommen, aber es wäre dies eine Rückentwicklung.

Die deutsch-österreichische Zollunion hätte weiters zur Folge,

daß ein Teil unseres Exports nach Deutschland durch österreichische Waren ersetzt würde, aber hauptsächlich würde der größte Teil unseres Exports nach Oesterreich durch deutsche Waren ersetzt werden.

Die Industrieprodukte würden bedeutend betroffen, die Textilien fast zu zwei Dritteln. Unser Export nach Oesterreich würde gleich zu Beginn auf die Hälfte und später noch weiter sinken. Wenn ich mich gegen die deutsch-österreichische Zollunion stelle, so verleihe ich vor allem die wirtschaftliche Prosperität unserer deutschen Landwirtschaft, deren Produktion und Kapital vor allem betroffen würde. Wir wür-

den weiters durch die Verbindung der beiden Länder bezüglich unseres Zutritts zum Meer in eine Abhängigkeit geraten.

Wir sind auf alle Eventualitäten vorbereitet. Wir haben keinen Grund, alarmiert zu sein. Im Gegenteil, gerade die gegenwärtige Krise wird zeigen, was man tun kann und nicht tun kann, wie die europäische Wirtschaftskrise gelöst werden soll, und so wird es schließlich möglich sein, den ganzen Konflikt zum Guten zu wenden. Für Oesterreich selbst hätte der Plan der Zollunion neben kleineren Vorteilen sehr schwierige wirtschaftliche Folgen. Bevor die sog. Angleichung eintreten würde, käme es zum Ruin einer Reihe österreichischer Industrien. Daran würden die Zwischenzölle nichts ändern. Die kommerzielle Bedeutung Wiens würde bedeutend leiden, die österreichische Handels- und Zahlungsbilanz würde sich sehr verschlechtern. Das einzige Aktivum für Deutschland wäre im großen Ganzen ein politisches Aktivum, das Bewußtsein der Annäherung an den Anschluß. Die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der heutigen Krise müssen vielmehr durch eine

europäische Kooperation

gelöst werden, durch einen gesamt europäischen, für alle annehmbaren Plan, der mit den Hauptinteressen vereinbar ist, n. zw. in Genf und im Genfer Geiste. Man muß nur die Krise allmählich in Etappen zu lösen suchen. Vor allem handelt es sich um die Lösung der Agrarkrise in den Agrarstaaten Südsüd- und Zentraleuropas, dann wird es sich darum handeln, daß die wichtigsten europäischen Industriestaaten zu den Grundproblemen dieser Agrarkrise einen einheitlichen Standpunkt einnehmen; schließlich darum, daß die Industriestaaten die ersten Versuche eines europäischen Abkommens in der Industrieproduktion machen. Die Tschechoslowakei fällt in beide Gruppen hinein. Um die Frage der Lösung der Agrarkrise durch ein gesamt europäisches Abkommen zu beleuchten, greift Dr. Venes ausführlich die Frage des Weizens und Weizenzolls heraus. Es wäre möglich, bei guter Organisation die Ueberherrschaft unterzubringen, ohne den Ueberseeländern zu schaden. Wenn sich die großen europäischen Industriestaaten untereinander einigen würden, daß sie diese Quantitäten Präferenzzölle bewilligen, so wäre die Agrarkrise in ihrem Wesen gelöst. Jeder Staat müßte freilich dies so organisieren, daß die Interessen seiner Landwirtschaft nicht geschädigt würden. Diese Organisation wäre bei uns wahrscheinlich ein Monopol oder ein System von Einfuhrbewilligungen, kombiniert mit der Kontingentierung der Getreideeinfuhr aus den einzelnen Agrarstaaten, mit denen wir uns über die Präferenzen einigen würden.

Sodann müßte man die ersten Schritte zur Lösung der Industriekrise tun.

Es gibt keine andere Hilfe als ein Abkommen der Industriestaaten über die internationale Reglementierung der Produktion und Warenverteilung, begleitet von einem Abkommen über einige Grundzüge der sozialen Gesetzgebung und über die Verkürzung der Arbeitszeit.

Eine dauernde Gesundung der europäischen Wirtschaft läßt sich durch einen dreifachen Prozeß durchführen: Vor allem eine Stabilisierung der Industriezölle, dann eine allmähliche Herabsetzung der Zölle und schließlich die Angleichung der Zölle für die Hauptprodukte, so daß es zu einer tatsächlichen Angleichung in allen wichtigen Industriestaaten Europas käme.

Unsere Handelspolitik wird oft kritisiert. Ich will unparteiisch konstatieren,

daß unsere Handelspolitik einige Vorwürfe verdient. Sie ist freilich nicht selbst schuld daran. Sie geht in derselben Linie wie die Politik der übrigen Staaten. Alle europäischen Staaten wurden nach dem Kriege von einem Schutzollsystem ergriffen. Heute beginnen wir uns von diesem Irrtum zu heilen. Wir müssen uns mit den übrigen europäischen Staaten über eine Politik des Abbaus des Industrieprotektionismus einigen. Ferner muß man bedenken, daß unser Staat bisher keine wahrhaft wirksame Aktion mit dem Exportkredit durchzuführen vermochte. Je länger wir zögern, desto größere und unersehlichere Schäden werden wir erleiden.

In der landwirtschaftlichen Handelspolitik müssen wir uns mit den Präferenzzöllen auseinandersetzen und vor allem müssen wir ein Einvernehmen zwischen unseren Landwirten und der Industrie verlangen. Es geht nicht an, die Forderungen der Einen gegen die Anderen bis zum äußersten zu treiben.

Das Präferenzsystem und mit ihm gemeinsam aufgebaut das System des organisierten landwirtschaftlichen Imports zu uns wird uns einen leichteren Vertragsabschluss mit Ungarn und Oesterreich ermöglichen.

Der vertraglose Zustand mit Ungarn schädigt Ungarn wie uns.

Der Protest gegen die Verhaftung Roulins.

Brüssel, 23. April. (Davas.) In der nächsten Woche findet hier ein großer Manifestationstag statt, durch welchen die belgische Studentenschaft gegen die Verhaftung des belgischen Professors Roulin in Italien protestieren wird, wo er einer gegen den Faschismus gerichteten Agitation beschuldigt wurde. Der belgische Universitätsverband für den Völkerbund forderte den internationalen Universitätsverband für den Völkerbund zu einem europäischen Protest gegen die Verhaftung des Professors Roulin auf.

Ein elsfässischer Unteroffizier als Spion.

Paris, 23. April. Vattermeldungen aus Strassburg zufolge wurde dort gestern in der Spionageaffäre eine fünfte Person, ein elsfässischer Unteroffizier, der Führer einer Gruppe von Spionen, verhaftet. Bei seinem Verhör gestand er ein, für 50.000 Franken den deutschen Spionageagenten verschiedene Festungspläne und französische Militärakten geliefert zu haben. In diesen Tagen beabsichtigte er, ein neues Maschinenmodell zu entwerfen.

Kommunistischer Reichstagsabgeordneter zu zwei Jahren Festung verurteilt.

Leipzig, 23. April. Der vierte Straffenat des Reichsgerichts verurteilte den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Maximalian Maddalena aus Berlin wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Lateinamerika mit Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung zu einer Festungstrafe von zwei Jahren. Der Angeklagte hat in den Jahren 1928 bis 1930 mehrere Flugblätter veröffentlicht, welche die Polizei in kommunistischem Sinne beeinflussen sollte sowie eine große Anzahl von Zeitungen in der Norddeutschen Zeitung und in der Volkszeitung in Hamburg, in denen der gewalttätige Umsturz der geltenden Staatsform als Ziel der KPD propagiert werden.

Im Zeichen der Abrüstung

Aus Rom wird dem Täg. B. B. geschrieben: Die italienische Militärverwaltung hat eben die Versuche mit neuen Aeroplanen abgeschlossen, die demnächst serienmäßig für Meer und Marine hergestellt werden sollen. Es handelt sich in der Hauptsache um technische Verbesserungen, wobei statt wassergetriebener Motoren Luftschiffel verwendet werden. Auch ein Riesenschiffflugzeug der Type C. 30 soll im kommenden Jahre konstruiert werden, ebenso sollen die Typen Brda 20, Frat. V. H. G. und Caproni 95 der Bombenflugzeuge umgestaltet sowie ein neuer Eindecker auf Weichholzlänge Ca 101 konstruiert werden.

Blutiges Gefecht in Honduras.

New York, 23. April. Nach einer Meldung der Associated Press aus Tegucigalpa (Honduras), kam es an der Nordküste von Honduras zu einem schmerzlichen Gefecht zwischen Aufständischen und regulären Truppen. Während die Aufständischen 29 Tote verloren, waren die Verluste der Regierungstruppen nur gering.

Unser Ausland betrachtet diese Frage unpolitisch; es wird alles tun, damit man zu einer Einigung gelange. Es muß freilich denselben guten Willen auf der anderen Seite fordern. Wir zweifeln nicht, daß dies auch bei einer Budapestter Regierung der Fall ist.

Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte Dr. Venes: Die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion liegt dem Völkerbund vor und wird dort sicherlich gelöst werden. Ich hoffe zur Zufriedenheit aller und im Interesse der Ruhe und des Friedens in Europa. In unserer Politik gab es in diesem ganzen Streit nicht den Schatten einer Feindseligkeit, eines Gefühls des Widerstandes oder des Strebens, unsere Nachbarn zu schädigen. Wir sind im Gegenteil Oesterreich und seiner Regierung freundlichst und aufrichtig gesinnt. Ich bin dafür dankbar, daß unsere Beziehungen zu Berlin so sind und bleiben: Aufrichtig freundschaftlich. Wir werden uns immer auch in Zukunft offen sagen, was möglich ist und was nicht, offen und loyal werden wir gegenseitig unsere Interessen verteidigen. Sonst wird sich unsere allgemeine politische Linie durch diese Ereignisse in nichts ändern. Wenn es zu weiteren Schritten der europäischen Konsolidierung kommen soll, müssen wir uns aus diesem ganzen Streit genähert und nicht noch mehr beunruhigt hervorheben. Ich glaube, daß dies möglich ist und daß der Streit am Schluß auch seine guten Folgen haben könnte. Unsere Außenpolitik wird aufrichtig darauf hinarbeiten.

Die Debatte über die neuerliche Erklärung des Ministers, die — wie wir in Rücksicht auf unsere gestrigen Meldung bemerken — nicht als Erklärung der Gesamtregierung, sondern lediglich als Aeußerung des zuständigen Ressortministers zu werten ist, wurde auf die nächste Sitzung am Dienstag, den 28. d., verlegt, um den Auswärtigen Beamten Gelegenheit zu näherem Studium zu geben.

Die staatliche Anleiheoperation.

Konversion der englischen Anleihe aus dem Jahre 1922.

Wie wir bereits gestern berichtet haben, werden gegenwärtig Verhandlungen des tschechoslowakischen Finanzministeriums geführt, die zum Abschluß einer auswärtigen Anleihe führen werden. Ein diesbezüglicher Vorvertrag ist bereits abgeschlossen worden. Es handelt sich da um folgendes:

Im Jahre 1922 hat die tschechoslowakische Republik eine englische Pfundanleihe aufgenommen, die zu einem Zinssatz von 4 Prozent verzinst werden muß. Von dieser Anleihe ist bereits ein Teil amortisiert und der gegenwärtige Anleihebetrug beläuft sich auf jetzt 1500 Millionen.

Die tschechoslowakische Regierung hat nun die Absicht, diese Anleihe zu kündigen und den noch schuldigen Betrag zu bezahlen. Diefür wird die Aufnahme einer Anleihe in Frankreich in der Höhe von 45 bis 50 Millionen Dollars, das sind eben 1500 Millionen Kronen, die man zur Bezahlung der englischen Anleihe braucht. Der Zinssatz der neuen Anleihe wird 5,5 Prozent, der Emissionskurs 95 Prozent betragen. Der Zweck der Umwandlung (Konversion) der Anleihe von 1922 ist also die Erzielung eines geringeren Zinssatzes, wodurch jährlich etwa 40 Millionen werden erspart werden.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die Gesamtsumme der tschechoslowakischen Staatsschuld nach dem Vorschlag für 1931 36,965 Millionen Kronen beträgt, wozu noch die Investitionsanleihe im Betrage von 1700 Millionen Kronen kommt, das sind zusammen 38,665 Millionen Kronen. Davon entfallen auf die ältere Schuld 8425 Millionen, auf die Staatenscheine 3500 Millionen und auf die innere Schuld ohne die Investitionsanleihe 25.339 Millionen, mit der Investitionsanleihe 26.339 Millionen. Von der letzteren Summe sind schwebende (kurzfristige Schulden) 3196 Millionen, das übrige hunderte langfristige Schulden. Nach dem Vorschlag für 1931 betragen die Ausgaben für die Verzinsung 1673 Millionen, für die Tilgung 550 Millionen an Verwaltungskosten wurden 13 Millionen ausgegeben, das Gesamterfordernis betrug nach dem Vorschlag für 1931 2237 Millionen.

Abgeordnetenhaus.

Prag, 20. April. Das Abgeordnetenhaus trat heute zum erstenmal nach Ostern wieder zusammen. Auf der Tagesordnung befanden sich allerdings nur zwei Vorträge mit Frankreich von untergeordneter Bedeutung und einige Immunitäten.

Das gestern erst im Senat verabschiedete Abkommen mit Frankreich über den Flugverkehr brachte außer zwei bürgerlichen Rednern, dem Herrn Dr. Laska und einem Ungarn, nur noch drei Kommunisten auf die Rednertribüne, von denen Herr Stern, durch die Immunität gedeckt, wieder den kürzlich beendeten Prozeß in Rumurag zu den gebührenden Ausfällen gegen den Justizminister benützte.

Dr. Laska apostrophierte in seiner Rede hauptsächlich den neuen Finanzminister, der sich heute zum erstenmal auf der Ministerbank zeigte. Referent Genosse Erba nahm die angegriffenen Genossen Dr. Reichner und Dr. Winter gegen Stern mit der Erklärung in Schutz, daß beide durch ihren Charakter, ihre Fähigkeiten und ihre Arbeit für die Arbeiterklasse hoch erhaben über Dr. Stern und seinen Angriffen seien.

Nach Annahme der Vorlage wurden noch einige Immunitäten erledigt, wobei Dr. Stern neuerdings die Gelegenheit wahrnahm, eine ordentliche Schreie vom Stapel zu lassen. Nach Ablehnung verschiedener kommunistischer Dringlichkeitsanträge wurde die Sitzung um sieben Uhr abends geschlossen.

Nächste Sitzung morgen Freitag um 11 Uhr vormittags. Tagesordnung: Veterinärabkommen mit Frankreich, zweite Lesung des Flugverkehrsabkommens und Immunitäten.

Neue Führung der tschechisch-meritalen Arbeiterorganisationen. Dieser Tage ist eine völlige Änderung in der Führung der tschechisch-meritalen Arbeiterorganisationen erfolgt. Anstelle des bisherigen Domannes, des Abgeordneten Kozel, ist der Abgeordnete Petr getreten, der bisher Generalsekretär war. Zum Vorsitzenden-Stellvertreter wurde der Chefredakteur der „Lidova Zpráva“, Dr. Doležal, zum Generalsekretär Repas gewählt worden. Die Änderung der Führung ist die Folge einer scharfen Auseinandersetzung, welche in der von Dr. Doležal redigierten Zeitschrift „Zvor“ stattgefunden hat. Die neuen Männer stehen vielfach zur Führung der meritalen Partei in Opposition.

Neues Fischereigesetz. Die Regierung bereitet gegenwärtig ein neues Fischereigesetz vor, das vor allem den Schutz der Fischzucht vor den Abwässern der Industriebetriebe zum Zwecke haben soll. Weiter soll in dem neuen Gesetz die Ausübung der Fischerei geregelt werden, es sollen Fischereiwerte geschaffen und von den Fischern Revierbeiträge gewährt werden. Bei den einzelnen Landesämtern sollen Landesfischereisprüche erlassen werden. Allerdings sind noch viele Bestimmungen des Gesetzesentwurfes strittig.

Ausfuhrberatung im Senat ergebnislos.

Bertragung der Beratung auf Montag.

Prag, 20. April. Der Stragenfonds und die Mineralsteuerveränderungen heute im Budget- und im Verkehrsausschuß des Senates zur Verhandlung. Die tschechischen Agrarier, unterstützt von den deutschen Landbauern und auch von den tschechischen Gewerkeparteilern und Nationaldemokraten befielen ihre bisherige Politik bei den Verhandlungen über die Vorlagen zu verschleppen, bis sie ein befriedigendes Ergebnis in der Frage der Spiritusabmischung erzielt haben.

Der Verkehrsausschuß dauerte beinahe vier Stunden. Die Vertreter der tschechischen Agrarier wiederholten ihre aus dem Abgeordnetenhaus bekannten Änderungsverträge bezüglich der Bezirksstraßen. Zur Abstimmung kam es jedoch nicht, da die Sitzung unterbrochen wurde.

Auch im Budgetausschuß gingen die Agrarier von vornherein auf Obstruktion aus. Ihr Antrag, die Debatte in General- und Spezialdebatte zu teilen, wurde abgelehnt. Darauf hielt der Agrarier Hout eine lange Rede, in der er sich darüber aufhielt, daß an Regierungsvorlagen nichts geändert werden dürfe. Sehr durchsichtig war auf einmal die übergroße Fürsorge für die Bezirke, die die Agrarier doch durch die Ver-

waltungsreformen selbst bewußt zugrunde gerichtet haben.

Gegen die Agrarier wandte sich u. a. der tschechische Meritaler Krejčí, am härtesten aber wohl der tschechische Genosse Kovář, der ihnen Demagogie u. a. vorwarf.

Genosse Krenzl erklärte, daß die Opposition der Agrarier direkt lächerlich wäre. Er wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß an vielen Orten alles für die Straßenreparaturen vorbereitet sei, die Arbeitlosen hoffen, hier endlich Arbeit zu erhalten, aber die Bezirkskomitees berufen sich darauf, daß mit den Arbeiten noch nicht begonnen werden dürfe. Unnütz werde da die beste Zeit vergenommen. Was die Agrarier sonst ausführen, ist bloße Augenaußwischerei, in Wirklichkeit geht es ihnen ja doch um das Spiritusgesetz.

Unter den Gegnern der Vorlage befand sich auch Herr Mikulíček, der von agrarischer Seite vor Beginn der Sitzung bearbeitet worden war.

Da auch hier keine Einigung zu erzielen war, wurde die Debatte abgebrochen und auf Montag, 4 Uhr nachmittags vertagt.

Ministerratsitzung.

Der Ministerrat tagte gestern bis in die späten Abendstunden und befaßte sich mit der politischen Lage, im Besonderen mit der strittigen Benzinmischungsfrage, ohne jedoch zu einer völligen Vereinigung dieser Frage zu gelangen. Ferner wurde die Anleihefrage behandelt, wobei von tschechischer sozialdemokratischer Seite eingewendet wurde, daß die alte Anleihe, die konvertiert wird, ungefähr eine Milliarde ausmacht, während die neue Anleihe über 1600 Millionen beträgt, wodurch der Konversionszweck wesentlich überschritten wird.

Lärmjagen im Sejm.

Richttansenvotum gegen den Sejmarschall.

Warschau, 20. April. Die heutige erste Sitzung des außerordentlichen Sejmestien, die zwecks Erledigung der Regierungsvorlage über die französische Eisenbahnleihe für Polen einberufen wurde, nahm einen überaus stürmischen Verlauf. Vor Übergang zur Tagesordnung versuchten die Abgeordneten der sozialistischen Partei, der vereinigten Volkspartei und der nationaldemokratischen Partei verschiedene Dringlichkeitsanträge einzubringen, was jedoch vom Sejmarschall Switalski unter Hinweis darauf abgelehnt wurde, daß im Sinne des Dekrets des Präsidenten der Republik die außerordentliche Sejmestien ausschließlich der Erledigung der Regierungsvorlage über die französische Eisenbahnleihe gewidmet sein soll. Diese Stellungnahme des Sejmarschalls veranlaßte die Abgeordneten der Opposition zu stürmischen Protesten und veranlaßte auf den Bank der Oppositionsangeordneten langandauernde Lärmjagen. Abg. Rog von der Volkspartei verlas von der Rednertribüne trotz des Einspruchs des Sejmarschalls eine gemeinsame Deklaration der oppositionellen Parteien, in der gegen die Einschränkung der Initiative des Parlamentes schärfstens protestiert wird. Eine ähnliche Deklaration gab Abg. Switalski, der Vertreter der nationaldemokratischen Partei ab. Als der Sejmarschall den beiden Rednern das Wort entzog, brachen im Hause neuerliche Lärmjagen aus. Die Abgeordneten der Opposition verließen hierauf demonstrativ den Beratungssaal. Die Abgeordneten der Linksparteien sangen dabei revolutionäre Lieder. Nach vor dem Verlassen des Beratungssaales brachten die Oppositionsparteien ein Richttansenvotum gegen den Sejmarschall Switalski ein. Der Antrag, der von der sozialistischen Partei, der Volkspartei, der christlichdemokratischen Partei, der nationalen Arbeiterpartei und der nationaldemokratischen Partei unterstützt wurde, wird in der morgigen Sitzung des Sejm als erster Punkt der Tagesordnung zur Abstimmung gebracht werden.

Sozialisten pfeifen Lardien aus.

Paris, 20. März. In Toulouse manifestierten heute einige Hundert Sozialisten durch Pfeifen gegen den Landwirtschaftsminister Lardien, der zur Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung in der Stadt eingetroffen war.

„Ruhe“ in den portugiesischen Kolonien

Lissabon, 20. April. (Oavas.) Der Gouverneur von Portugiesisch-Guinea teilte dem Kolonialministerium mit, daß die dortselbst ausgebrochenen Unruhen leicht unterdrückt wurden, und daß bereits die volle Ruhe wieder hergestellt wurde. Auch die Gouverneure anderer Kolonien, wie z. B. von Kapverden, Angola, Mozambique und Kacao, teilten der Regierung mit, daß in diesen Kolonien volle Ruhe herrscht.

Richtervorlage einem Subkomitee zugewiesen.

Prag, 20. April. Der verfassungsmäßige Ausschuß des Senates beschäftigte sich heute in Anwesenheit des Justizministers Dr. Reichner, mit der Regierungsvorlage, durch die einige Dienstverhältnisse der Richter geregelt werden sollen. Nach Ablehnung der Generaldebatte, in die auch der Justizminister eingriff, wurde beschlossen, für die detaillierte Verhandlung der Vorlage ein siebenmitgliediges Subkomitee einzusetzen, in das für unsere Fraktion Genosse Dr. Heller gewählt wurde.

Zur Krankenhausreform in Böhmen.

Am Freitag, den 17. April, beschäftigte sich die Landesgesundheitskommission in eingehender Debatte mit einem Antrage der tschechischen Genossen, dessen Durchführung geeignet wäre, das Krankenhauswesen in Böhmen gründlich zu reformieren.

Der Antrag verlangt die Errichtung beziehungsweise Uebernahme von Krankenhäusern durch die Landesverwaltung in zehn Provinzialstädten; drei davon befinden sich im deutschen Sprachgebiet (Schladau, Reichenberg, Leitmeritz); sieben im tschechischen Gebiete (Budweis, Königgrätz, Pilsen, Jungbunzlau, Deutsch-Brod, Pardubitz, Pilsen).

Bei allen zehn Krankenhäusern sollen mindestens folgende Abteilungen als selbständige Primariats (mit Fachärzten besetzt) errichtet werden: für innere Krankheiten, chirurgische Infektionskrankheiten und Geburtsklinik, für Gynäkologie und Geburtshilfe, für Haut- und Geschlechtskrankheiten, für Augen-, für Ohren- und Halskrankheiten (also 7 Primariats).

Gesunde um Bewilligung neuer oder Erweiterung bestehender Krankenhäuser in anderen Bezirken oder Städten sollen der Gesundheitskommission vorgelegt werden, damit sie sich über die Notwendigkeit oder Größe dieser Neubauten gutachtlich äußere.

Der Antrag, der vom Gen. Kovář begründet wurde, wurde prinzipiell einstimmig angenommen. Von den deutschen Vertretern sprach nur Gen. Dr. Lieben zu diesem Antrage. Er begrüßte es, daß endlich Schritte unternommen werden sollen, den schlimmsten Mangel des Krankenhauseswesens in der Provinz abzuhelfen, die Plan- und Ziellosigkeit beim Ausbau der Krankenhäuser zu beheben und der Willkür der Bürokratei (bei Bestellung von Konsiliarärzten) ein Ende zu machen. In nationaler Beziehung entspreche der Schlüssel von 7:3 nicht ganz; auch über die Wahl der Städte werde noch zu reden sein; doch sei bei gutem Willen auf beiden Seiten hierin kein Hindernis zu sehen, um endlich unsere Krankenhausverhältnisse auf Jahrzehnte hinaus den Anforderungen der Zeit entsprechend zu regeln. Eine Einigung sei möglich. Mit den vorgeschlagenen 7 Primariats in den geplanten Landeskrankenhäusern könne man einverstanden sein; doch sei ein eigenes 8. Primariat für Röntgenologie notwendig; bei dem heutigen Stande der Wissenschaft müssen eigene Röntgenlogen zumindest an den größeren Krankenhäusern bestellt werden, es genügt nicht mehr, Röntgenagnostik zu betreiben, die Röntgenbehandlung (Tiefenbestrahlung) gewinnt immer größere Bedeutung, insbesondere bei der Bekämpfung des Krebses.

Ferner verlangte unser Vertreter die Errichtung eigener Professuren. In der Frage der Professuren ist das Land Böhmen ruffähig; in der Provinz wirken nur 2 pathologische Anatomen als Professoren (u. zw. in Pilsen und Königgrätz). In Wärdern und Schiffsen gibt es sechs Professuren. In dieser Hinsicht dürfte es am Balkan auch nicht schmerzlicher sein. Die Errichtung von Professuren liegt im Interesse der Bevölkerung; die pathologische Anatomie ist das Gewissen der Medizin, sie hebt das wissenschaftliche Niveau und schützt das Gewissen der Ärzte. Der Antrag des Gen. Dr. Lieben auf Errichtung von Röntgenprimariats wie auch die Errichtung selbständiger Professuren (ohne Behandlung der Infektionskrankheiten) wurde angenommen. Ebenso wurde ein Antrag des Gen. Dr.

Genossen! Ihr müßt uns die Verbreitung unserer Zeitung agitieren.

Setzt euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen **agitiert**

Kopper wegen Errichtung von Verbrennungsanlagen angenommen. Dr. Kotešil verlangte die Errichtung von Verbrennungsanlagen an Krankenhäusern, die hierfür geeignet sind.

Alle diese Anträge wurden einem fünfgliedrigen Komitee zugewiesen, das einen realen Plan für die Errichtung von Landes- und Bezirkskrankenhäusern aufstellen soll unter Berücksichtigung aller finanzieller Unterlagen, welche die Vertreter der Landesbehörde (Departement XVIII und XXXII) binnen sechs Monaten beizubringen verpflichten.

Der Durchführung des großartigen Planes stellen sich nicht nur finanzielle, sondern auch gesundheitliche Hindernisse entgegen. Es wurde daher einstimmig ein Antrag Kullhofs angenommen, welcher die endgültige Reform des veralteten Krankenhauses seitens vom Jahre 1888 verlangt. In diesem Sinne sind die Bezirke zu verpflichten, Krankenhäuser, Infektionsabteilungen, Ziechenhäuser zu errichten. Die Bezirke, welche durch die Errichtung von Landeskrankenhäusern finanziell entlastet werden, sollen zur entsprechenden Beitragleistung herangezogen werden.

Selbstverständlich wurde auch die Bedarfsfrage diskutiert. Der Antragsteller schätzte den Aufwand für die Uebernahme und Errichtung der Landeskrankenhäuser mit 150 Millionen Kronen, ein Betrag, der uns viel zu klein erscheint. Kostet doch das allerdings große neue Krankenhaus der Stadt Prag auf der Dolnopska allein 100 Millionen Kronen. Die 150 Millionen Kronen sollen durch eine 50prozentige langfristige Anleihe bei der Zentral-Sozialversicherungsanstalt beschafft werden. Die Verzinsung und Amortisation soll aus dem Ertrage der Sanitätsumlage, welche für Böhmen jetzt 12 Millionen = 70 Prozent ausmacht, erfolgen. Demgegenüber wendet unser Vertreter Gen. Dr. Lieben ein, daß durch die Entziehung des Anstellers an der Sanitätsumlage man noch etliche Bezirkskrankenhäuser hätte errichten können, viele schon mit Unterbillung arbeitende Krankenhäuser würden noch größere Zuschüsse aufweisen. Die Bezirke seien heute, nachdem man ihnen große Einnahmen (Anteile an der Umsatzsteuer etc.) entzogen hätte, außerstande, diese Zuschüsse zu decken. Gen. Dr. Kopper besprach den Gesetzesantrag (Johannis) über einen „Volksgesundheitsfonds“, der zur Errichtung von Heilanstalten, Krankenhäusern, Genesungsheimen dienen sollte. Bei Errichtung der Zentral-Sozialversicherungsanstalt dachte man an die Errichtung von 100 Millionen für die Errichtung von Heil-

Anstalten. Die Sozialversicherung müsse alle möglichen Fonds, die mit der Volksgesundheit nichts zu tun haben (Straßenfonds, Restorationsfonds, Wasserbauten etc.) umarmen; sie müsse Geld hergeben für Kreie, die zur Sozialversicherung nichts beitragen.

Die Vertreter der Landesbehörde (Abteilung XVIII) gegen Befragen, daß durch die Vermehrung der Krankenhäuser und der Krankenhäusbesitzer der Landesfonds Mangel erleidet werde; schon heute betrage der Aufwand aus diesem Kapitel über 50 Millionen Kronen jährlich, das sei ein Teil des gesamten Landeshaushaltes.

Die Bedarfsfrage ist sicher die schwierigste. Nichtsdestoweniger ist es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Antrag Notat nicht von der Tagesordnung verschwinde, daß die gefunden Ideen, die er enthält, durchgeführt werden, damit endlich unser Krankenhauswesen in Böhmen reformiert werde, daß hierin Ordnung und Besinnung herrschen und die Planlosigkeit und Willkür verschwinden. MDr. E. Lieben.

Der Landesausschuß für Böhmen erledigte in seiner gestrigen Sitzung eine Reihe von laufenden Angelegenheiten und entschied über die Vergebung der mit der Regulierung der böhmischen Flüsse verbundenen Arbeiten im Kostenaufwande von 2,370,000 K und der Bauarbeiten in den Landesinstituten im Aufwande von 217,000 K. Der Beschluß der Räter Begrißdextretung betreffend die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von einer Million Kronen für den Bau von Bezirksstraßen und Siffaktionen für die Arbeitslosen wurde genehmigt und 36 Gemeinden die Einhebung verschiedener Abgaben und Gebühren zugestimmt.

Der Rundfunk.

Empfehlenswerte aus den Programmen. Samstag.

Prag: 11.15 Schallplatten, 12.45 Mittagskonzert, 16.30 Nachmittagskonzert, 18.25 Deutsche Sendung; Redlich; Regitationen, 19.05 Wärdenerkonzert, 21.00 Orchesterkonzert. — Brünn: 11.15 Schallplatten, 16.30 Nachmittagskonzert, 18.25 Deutsche Sendung; Lieber aus Tschechien und Oberösterreich. — Wärd-Öktau: 11.00 Schallplatten, 16.30 Nachmittagskonzert, 17.30 Volksmusik. — Bregburg: 11.30 Schallplatten, 16.00 Schallplatten, 18.10 Singsongkonzert, 21.00 Orchesterkonzert. — Berlin: 16.05 Unterhaltungsanstalt. — Wien: 18.10 Fortbildungsmöglichkeiten für Frauen in häuslichen Berufen. — Leipzig: 19.30 Konzert für Violoncello und Harfe, 20.00 Leipziger Männerchor. — Wien: 20.35 Konzert (ital. Sänger) Schallplatten. — Koflau: 21.00 Abendkonzert.

Tagesneuigkeiten.

14 Todesopfer einer Verkehrs-katastrophe.

Paris, 23. April. Heute nachmittags stieß zwischen Wieseres und Jouvines in der Nähe von Ville ein Kleinbahnzug mit einem voll besetzten Auto bus zusammen. Nach den letzten Meldungen sind bei dem Zusammenstoß vierzehn Personen getötet und zwanzig verletzt worden.

2 Todesopfer einer Flugzeugkatastrophe

London, 23. April. (Reuter.) Wie das Flugministerium mitteilt, sind bei dem Zusammenstoß zweier leichten Flugzeuge unweit Sussex Viceadmiral Reichholdt und Fliegerleutnant Moody ums Leben gekommen. Der Pilot und der Beobachter des Flugzeuges, das mit dem Flugzeug des Leutnants Moody zusammenstieß, kamen ohne Unfall davon.

Selbstmord eines Duzer Gymnastiken im Abstrichkanal einer Ziegelei.

Ein eigenartliches Verbrechen suchte sich der Duzer Gymnastik besuchende Emil Janetzka von Schwaz zur Ausführung eines Selbstmordes. In der Ziegelei der Firma Preis in Hofmann bei Villn trock er in den Rauchabstrichkanal, der vom Ziegeleofen zum Kamin führt und vergiftete sich mit Zyanfalk. Er hatte die Wohnung seiner Eltern schon in der Absicht verlassen, diese Tat auszuführen, da ein Fettel mit den Worten gefunden wurde: „Sucht mich nicht!“ Nur durch Zufall wurde dieses Verbrechen des Selbstmörders aufgefunden, da der Kanal gereinigt wurde, was gewöhnlich erst in größeren Zeitabschnitten geschieht. Wenn die Ziegelei schon im Betrieb oder der Ofen angeheizt gewesen wäre, hätte man die Leiche nie gefunden. Was den jungen, kaum 20-jährigen Menschen zu diesem schrecklichen Entschluss getrieben hat, ist unbekannt.

Todesurteil in Brüg.

Brüg, 23. April. Vor den Geschworenen stand heute der 37-jährige landwirtschaftliche Arbeiter Binzen Martinovec, welcher des Raubmordes und der Brandlegung angeklagt war. Martinovec hatte am 16. Jänner seinen Arbeitskollegen, den Kutscher Josef Zuber, mit dem er auf einem bei Brüg gelegenen Felde arbeitete, mit einer Haue erschlagen und die Ersparnisse des Zuber im Betrage von 800 K. geraubt. In seinem Geständnis gab Martinovec auch zu, im Dezember v. J. die Scheune seines Dienstgebers in Brand gesteckt zu haben. Die Geschworenen bejahten die Frage auf Raubmord mit 12, die Frage auf Brandstiftung mit 8 Stimmen, so daß der Angeklagte zum Tode durch den Strang verurteilt wurde.

Mit dem Junkermotor von Berlin nach Hamburg.

Hamburg, 23. April. Ganz unerwartet ist gestern um 17 Uhr 15 die erste Maschine, die mit einem Diesel-Schwermotor angetrieben ist, von Berlin-Tempelhof kommend, im Hamburger Flughafen eingetroffen. Trotz des starken Gegenwinds hatte sie die Flugstrecke Berlin-Hamburg in knapp zwei Stunden zurückgelegt und dabei nur 80 Liter Brennstoff verbraucht. Das Flugzeug wird heute nach Dessau fliegen.

Paris-London in 59 Minuten.

London-Rom-London in einem Tag?

London, 23. April. (Reuter.) Der amerikanische Kapitän Hawst ist auf dem Flugplatz in Heston von seinem Flug London-Rom-London gelandet. Er hat die Strecke Paris-London in 59 Min. zurückgelegt. Er erklärte, noch einmal den Versuch unternommen zu wollen, den Flug London-Rom-London in einem Tag zu absolvieren.

Ziehung der Klassenlotterie

- 200.000 K: 27.779.
- 10.000 K: 16.764, 25.576.
- 20.000 K: 98.533.
- 16.900 K: 10.513, 13.124, 27.590, 33.200, 39.193.
- 6000 K: 9585, 20.876, 31.914, 33.103, 42.110, 53.493, 61.563, 75.176, 79.089, 81.602, 88.093, 90.719, 90.998, 91.071, 98.182, 95.940.
- 2000 K: 2948, 2073, 2454, 3651, 4822, 6215, 6513, 7539, 9996, 10.100, 10.003, 10.881, 11.412, 12.737, 12.825, 19.911, 21.200, 21.569, 25.191, 26.024, 26.870, 29.061, 29.692, 29.281, 29.707, 30.254, 32.470, 33.299, 35.276, 41.111, 42.722, 43.229, 44.027, 51.879, 52.923, 54.019, 51.302, 55.677, 57.200, 58.761, 60.024, 61.612, 65.781, 67.373, 68.409, 74.461, 73.511, 78.595, 77.135, 78.175, 78.399, 82.135, 81.592, 83.268, 87.977, 88.878, 89.139, 91.180, 93.069, 94.129, 93.519, 94.829, 94.487, 94.497, 94.519, 94.593, 95.281, 95.549, 97.411, 98.110, 93.933, 99.503.

Erzweidliche Meldung. Am Vorigen Nachr. Weichardchen ist die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen. Während am 1. März inklusive der Saisonarbeiter 1200 Arbeitslose waren, betrug die Zahl zum 15. April 580, davon 315 Saisonarbeiter. Die Gemeinden und Städte des Bezirks haben seit Kurzezeit bereits für zwei Millionen Kronen öffentliche Arbeiten vergeben, und die Berechnung weiterer im heurigen Jahre wird vorbereitet.

Wiener Trauerfeier für Eiderich.

Trauerfeier des Nationalrats. — Die Bestattung.

Wien, 23. April. (Eigenbericht.) Heute um 11 Uhr vormittags fand eine Trauerfeier des Nationalrats statt, bei der Präsident Dr. Kamek die Verdienste des Verstorbenen würdigte. Die Abgeordneten hörten die Trauerrede lebhaft stehend an, auch der Bundespräsident war erschienen.

Um halb 4 Uhr nachmittags bewegte sich vom Bildungsheim in der Leopoldstadt, wo der Leichnam aufgebahrt gewesen war, ein riesiger Zug über die Ringstraße zum Parlament. Vor dem Parlament fand die offizielle Trauerfeier statt, bei der der Bundespräsident Miklas, der Bundeskanzler Dr. Ender und Präsident Kamek sprachen. Die Abgeordneten waren in großer Zahl anwesend. Dann bewegte sich der Zug der Arbeiter weiter bis zum Schwarzenbergplatz, wo er sich auflöste. Vom Schwarzenbergplatz fuhr dann der Leichenwagen, begleitet von den besten Freunden des Verstorbenen, den Parteikorporationen und den in- und ausländischen Vertretern zum Krematorium. Im Krematorium hielt Bürgermeister Seitz dem Verstorbenen einen warmen Nachruf, worin er das jahrzehntelange Wirken des Verstorbenen gedachte. Dann überbrachte der Präsident des preussischen Landtages Abgeordneter Bartzels im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratie Deutschlands und der deutschen Reichstagsfraktionen sowie auch im Namen der anderen ausländischen Bruderorganisationen sowie der Internationale letzte Grüße an den Verstorbenen. Dann sprach Minister Dr. Czsch.

Die Rede des Genossen Dr. Czsch.

Die Arbeiterklasse der tschechoslowakischen Republik hat ihren besten Freund verloren. Ein glühendes Herz ist plötzlich erkalte und tiefe Trauer ist in unsere Herzen eingezogen. So groß ist der Schmerz, daß er selbst das fürchterliche Leid, von dem die Arbeiterklasse unseres Landes gerade jetzt heimgesucht ist, in dieser Stunde vollständig zum Verstummen zu bringen vermochte. So tief klafft die Wunde, daß wir uns in diesem Augenblick nur schwer innerlich sammeln und gar nicht zum Ausdruck bringen können, wie schwer es uns, da wir von unserem Freunde Abschied nehmen, uns Herzes ist, wie fürchterlich uns dieser Schicksalsschlag getroffen und wie tief er uns aufgewühlt hat. Matthias Eiderich zählte zu den Großen der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung. Er war der Erneuerer des mährischen und schlesischen Proletariats, ihr Wegbahner, ihr Vorkämpfer, ihr Vortritter, ihr Meister, aber auch ihr Liebling und ihr Stolz. In seinem Untergang vom einfachen Arbeiter zu einem der leuchtendsten Köpfe der Arbeiterbewegung, in seinem einzigartigen Aufstieg vom Werksgesellen zum Präsidenten des Nationalrats haben sich die Arbeiter, die er zur heutigen Stellung emporführte, immer geföhnt und waren glücklich, daß er seine Vergangenheit niemals vergessen hat, daß er immer der alte, immer der treue Freund geblieben ist. Was sie ihm im Interesse der gesamten Bewegung vor zwei Decennien zu neuen Aufgaben nach Wien riefen, haben ihm die mährischen Arbeiter schweren Dezens geben lassen. Sie haben ihn aber dabei niemals ganz hingelassen, sondern ihn auch weiter als ihren kostbaren Besitz betrachteter, aber auch er fühlte sich zur tschechoslowakischen Arbeiterklasse immer hingezogen undehrte zu den Arbeitern, aus deren Reihen er hervorging, lebte zu seiner ersten Lieb- immer wieder zurück. Darum ist, obwohl Eiderich bereits vor zwei Jahrzehnten aus unseren Reihen scheidete, die Erinnerung an ihn nicht im geringsten verblasst, da er bis zu seinem letzten Atemzuge an den Kämpfen der tschechoslowakischen Arbeiterklasse und an ihrem Geschick immer regen Anteil genommen hat, ebenso wie auch sie seine Wirksamkeit und Entwidlung in allen ihren Phasen mit ungetrühter Anteilnahme verfolgt haben und ihm dafür dankbar waren, daß er den Namen der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung weit über die Grenzen des Landes trug und zu Ehren brachte.

Wieder ein Offiziers-Selbstmord.

In seiner Wohnung in der Svatoplukstraße in Preßburg hat sich Donnerstag früh der Kapitän Kovat vom Infanterieregiment Nr. 39 erschossen. Die Ursache des Selbstmordes, die bisher unbekannt ist, wird untersucht.

Autobus-Katastrophe.

Ein kleinerer Autobus stürzte in den Jura-Fuß (in der Kleinen Walaach). Bei dem Unglück kamen vier Personen ums Leben. Der Chauffeur und ein Gendarm rettet sich durch Schwimmen.

Ein Fall von Industriespionage wurde auf einem Aachener Werk entdeckt.

Der bei der Koster-Sicherheitsfirma G. m. b. H. in Aachen-Körft beschäftigte Diplomingenieur Theodor Besch aus Aachen wurde verhaftet. Die Verhaftung, die bisher geheimgehalten wurde, erfolgte bereits vor einigen Wochen. Besch soll Industriespionage über das Herstellungsverfahren des sogenannten Panzerglases aus Sowjetrußland vertragen und Panzerglas dorthin geschmuggelt haben. Dieses schutzichere Panzerglas ist eine Spezialität der Firma Koster, die hierfür alleiniger Hersteller ist.

Genewehe auf Reisen.

Aus Singapur wird gemeldet: Auf dem der Hamburg-Amerika Dampfschiffahrtsgesellschaft gehörenden Dampfer „Lirpa“, welcher gegenwärtig nach Japan abdampt, wurde eine größere Menge von Zinnoberwaffen, insbesondere von automatischen Revolvern, und außerdem von 8100 Schrotstein mit Patronen beschlagnahmt. Ein Oberheizer wurde verhaftet.

Deutscho-italienisches Institut für Meerereislande.

In Gegenwart des italienischen Großadmirals Thaon de Revel und des deutschen Bot-

schaffers, aber auch er fühlte sich zur tschechoslowakischen Arbeiterklasse immer hingezogen undehrte zu den Arbeitern, aus deren Reihen er hervorging, lebte zu seiner ersten Lieb- immer wieder zurück. Darum ist, obwohl Eiderich bereits vor zwei Jahrzehnten aus unseren Reihen scheidete, die Erinnerung an ihn nicht im geringsten verblasst, da er bis zu seinem letzten Atemzuge an den Kämpfen der tschechoslowakischen Arbeiterklasse und an ihrem Geschick immer regen Anteil genommen hat, ebenso wie auch sie seine Wirksamkeit und Entwidlung in allen ihren Phasen mit ungetrühter Anteilnahme verfolgt haben und ihm dafür dankbar waren, daß er den Namen der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung weit über die Grenzen des Landes trug und zu Ehren brachte.

Und da er nun von uns geht, beweint sich unser Schmerz mit dem Ihrigen zu tiefer Klage darüber, daß wir ihn, der der neuen Zeit jahrzehntelang die Bahne vorantug, ihn, der der Junge der heroischen Kämpfe der Arbeiterklasse gewesen ist, in einem Augenblick verlieren, in dem sie sein wunderbarer Optimismus bei seinem unauslöschlichen, selbst durch eine ganze Welt von Feinden unergründlichen Glauben zu vermischen beginnt und in dem die Arbeiterklasse die letzten Fesseln zu sprengen sich anschickt, die sich ihrem Zugewinn demnach in den Weg stellen. Wiech eine Tragik für die Arbeiterklasse, in einer solchen Stunde, mitten in den heißesten Kämpfen und Stürmen, diesen herrlichen Führer und diesen unergründlichen Streitmann verlieren zu müssen und so versehen wir es, warum ringsum, da wir von unserem Freunde Abschied nehmen, der Atem stockt, die Wangen glühen, die Augen funkeln und warum sich hunderttausende Arbeiter ob dieses schweren Verlustes in diesem Schmerz verzehren.

Doch der Kampf geht weiter, in die Breite, die sein Tod in unseren Reihen ließ, müssen wir zum anderen springen und die Lücke ausfüllen ohne viel Besinnen! So haben wir es hamer gehalten und seinem tapferen Beispiel sind wir immer gefolgt. Ihn aber, unserem unvergesslichen Freund, wollen wir heute für alles, was er uns aus seinem überquellenden Herzen, aus seinem reichen Born an Eingabe und Liebe gab, aus voller Seele danken. Nicht viele gibt es, wie er einer war, ein scharfer Denker und ungewöhnlich kluger Kopf, den der Geist des Sozialismus, des internationalen Geföhls, in Fleisch und Blut übergegangen ist, ein leidenschaftlicher, trögiger Kämpfer, dabei aber die Personifikation von Güte und Treue, der gärtlichste Vater, der verblüffteste Vater, ein einzigartiger Freund, der während eines vierzigjährigen Freundschaftsbundes sein trübendes Wölchen aufkommen ließ, einer von jenen, die nur geliebt werden konnten und die man niemals vergißt.

In der Stunde, da wir hier versammelt sind, weilen hunderttausende deutscher Arbeiter unseres Landes in stiller Anacht im Geiste bei uns, da wir dem heizgeliebten Freund den letzten Gruß entrichten und, was verhältnislich ist, den Planen übergeben. Sein Geist aber wird weiter leben und weiter wirken, denn sein Vorbild und seine Lebensart bleiben unsterblich.

Abgeordneter Janetzka nahm im Krematorium Abschied von Eiderich. Doktor Kerner sprach über die Tätigkeit des Verstorbenen für die Genossenschaftsbewegung. Damit hatte die Feier ihr Ende erreicht.

Abgeordneter Janetzka nahm im Krematorium Abschied von Eiderich. Doktor Kerner sprach über die Tätigkeit des Verstorbenen für die Genossenschaftsbewegung. Damit hatte die Feier ihr Ende erreicht.

Zad Diamond verhaftet. In Catskill (am oberen Hudson in USA) wurde der aus New-Hork verbannte Bandenführer Zad Diamond verhaftet, weil seine Komplizen einen Ueberfall auf einen mit Getranken beladenen Lastwagen verübt und den Chauffeur mißhandelt hatten. Die Verhaftung Diamonds erfolgte auf Veranlassung eines New-Horker Touristenbüros, das eine Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs am oberen Hudson-Gebiet befürchtete, wenn nicht der Bande Zad Diamonds, die dieses Gebiet besonders bevorzugte, das Handwerk gelegt werden würde.

Bau einer riesigen Sternwarte in Frankreich. Die einige Jahrzehnte andauernden Verhandlungen um die Verlegung der alten Pariser Sternwarte wurden diese Woche abgeschlossen; es wurde definitiv die Verlegung nach Provence beschlossen, was einen Kostenantrieb von rund 10 Millionen Kronen erfordert wird. Diese Entscheidung hat eine weitreichende Bedeutung insbesondere für die Lösung des Problems des Sternwartenbaus in Großstädten. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die in Großstädten herrschenden atmosphärischen Bedingungen für moderne astronomische Forschung und Beobachtung durchaus ungünstig sind. Die alte Pariser Sternwarte wird als Museum für historische Apparate dienen und das neue Observatorium wird die modernste Sternwarte Europas überhaupt besitzen und mit den großen amerikanischen Sternwarten leicht im Wettbewerb stehen.

Der Tod in der Goldgrube. In den Goldbergwerken von Corjaum in der Provinz Mysore (Indien) trat untermutter ein schwerer

Steinschlag ein, durch den eine größere Anzahl von Bergleuten verschüttet wurde. 17 wurden verletzt und zwei getötet, 13 werden vermisst.

Zwei Jagdflugzeuge des Flughafens von Wies Hiori in Piemont stießen bei einem Luftmanövernflug zusammen. Wegen der Schäden war es nicht möglich, die Apparate fliegend zu erhalten, und die beiden Piloten retteten sich mit Hilfe der Fallschirme.

Ein Gauner. Die Wiener Polizeidirection erhielt aus Köln die telegraphische Verständigung, daß dort ein Betrüger verhaftet hat, einer Paul einen größeren Dollarbetrug betanzgulen, indem er sich diesen Geldbetrag in sein Hotel schlafen ließ. Die Vorsicht der Bauleitung bewahrte sie vor Schaden. Der Hochstapler ist aus Köln geflüchtet. An der Hand der von Köln übermittelten Personbeschreibung wurde als Täter der 33-jährige aus Mailand gebürtige Luigi Crema festgestellt, der im Jänner dieses Jahres in Budapest wegen des Verdachtes einer Falschfälschung und wegen unbefugten Waffentragens inhaftiert war. Er hat sowohl in Rotterdam als auch in Zürich, Wien und Prag den gleichen Betrag durch Bestellung eines Geldbetrages in sein Hotel, in welchem er regelmäßig zwei Zimmer mit absonderlichen Ausgängen zu bestellen pflegte, mit Erfolg verübt.

Liebesdrama. Aus Trantenau wird uns gemeldet: In der Ortschaft Wöhren bei Wetzelsdorf hat sich in der Nacht auf Montag ein erschütterndes Drama zugegetragen. Die 17-jährige Frieda Welser unterhielt schon seit längerer Zeit Beziehungen zu dem um einige Jahre älteren Angestellten Brach, doch hatten die beiden jungen Leute keine Aussicht, einander heiraten zu können, weshalb sie beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen. In der Nacht zum Montag begaben sich die beiden jungen Menschen, nachdem sie von einer Langunterhaltung beimgehört waren, auf den Dachboden eines Hauses, woselbst Brach das Mädchen durch einen Schuß in die Brust und sie selbst durch einen Kopfschuß tötete. In einem hinterlassenen Schreiben bittet das Paar, in einem gemeinsamen Grabe beerdigt zu werden. Die Tat hätten sie begangen, weil sie „einander nicht liebhaben sollten“; sie seien im bitterlichen Einsinn den von der Welt geschieden. — Am Montagabend wurden im Walde bei Sudweis der 33-jährige Gottlieb Escholdel und seine Geliebte Martha Kunt auf einem Friedhof mit aufgefunden. Aus nachgelassenen Briefen geht hervor, daß der Selbstmord aus unglücklicher Liebe verübt wurde. Martha Kunt war in Prag beschäftigt, fuhr vor drei Tagen heim und traf sich mit ihrem Geliebten, mit dem sie verlobt war. Mit ihre Eltern die Abgangsfeierlichkeiten bei der Polizei erhalteten, leitete diese Recherchen ein und deckte hiebei das Liebesdrama auf.

Zahlung des Eichenjahrpreises in fremden Saluten. Mit Erlaß des Eichenhaministeriums wurden alle Staatsbahndirektionen ermächtigt, im Interesse der Hebung des Fremdenverkehrs im tschechoslowakischer Währung auch die geeigneten Zahlungsmittel des Nachbarstaates, und zwar nicht nur in den Grenzstationen, sondern auch in anderen in der Nähe der Grenze befindlichen Stationen und Haltestellen anzunehmen. Diese Erlaubnis wird nur unter der Bedingung erteilt, daß der Reisende nicht die Möglichkeit hat, im Reise selbst den Geldwechsel vorzunehmen, so daß er genötigt wäre, mangels tschechoslowakischer Geldes dem Zugbegleiter mit fremdem Geld zu zahlen. Aber auch binnenländische Stationen können ausnahmsweise und im Falle der Dringlichkeit fremde Saluten in Zahlung Statt annehmen, beziehungsweise gegen K Wechsel. Diese neue unangenehm erstickt sich nur auf den Personen- und Gepäckverkehr und in Stationen, in denen Wechselstellen sind, auf die Zeit während welcher die Wechselstellen geschlossen sind.

Vor der Vollstreckung des Kärtens-Urteils.

Berlin, 23. April. Nachdem das neue tschechoslowakische Todesurteil gegen Kärtens durch den eigenen Bericht des Beurteilten auf Revision rechtskräftig geworden ist, muß das preussische Staatsministerium schon in den nächsten Tagen zu der Frage Stellung nehmen, ob Kärtens Todesstrafe vollstreckt wird. Die Gerichte haben vor der Vollstreckung einer Todesstrafe in jedem Einzelfalle beim Staatsministerium anzufragen, ob das Todesurteil auch vollstreckt werden darf; dieser Frage wird ein Bericht des Schwurgerichtsvorsitzenden und des Anklagevertreters beigefügt. Wie das „Tempo“ von zuverlässiger Seite erfährt, werden sich diese beiden Stellen für die Vollstreckung der Todesstrafe an Kärtens einsetzen. Nach Ansicht des Blattes ist nicht anzunehmen, daß das Staatsministerium bei der besonderen Lage des Falles von einer Vollstreckung der Todesstrafe Abstand nimmt. Grundsätzlich hat das preussische Staatsministerium zwar stets den Standpunkt vertreten, daß die Todesstrafe so lange nicht vollstreckt werden sollte bis nicht durch das Reichsstrafgesetzbuch die Frage entschieden worden ist, ob die Todesstrafe scheidet oder nicht. In den Kreisen des Staatsministeriums wird der Fall Kärtens als ein Sonderfall betrachtet, bei dem die sonst in Preußen beachteten Gründe gegen die Todesstrafe in keiner Beziehung Anwendung finden können, weil im Grunde der ungeheure Fall Kärtens überhaupt in kein normales Aufzählungsmittel hineinpaßt. Bei den preussischen Regierungsparteien scheint darüber auch Einigkeit zu bestehen.

Der dritte Kindesmordprozeß binnen 6 Tagen.

„Verwahrlost und minderwertig“. — Groteske Szenen und Aussagen.

Prag, 23. April. Der heutige Kindesmordprozeß ist das Drama einer „Verwahrlosten und Minderwertigen“, wie sie der gerichtsarztliche Sachverständige mit Recht nennt. Vorsitzender des Schwurgerichtsanwalts war OSM. Sabra, die Anklage vertrat Staatsanwalt Jelinek, die Verteidigung führte Dr. Hallt.

Die Angeklagte Marie Mára ist erst einen Monat vor der Mordtat 20 Jahre alt geworden. Sie stammt aus einem entlegenen Dorf des Královopolský Bezirks als Kind einer vierzehnköpfigen Familie. Der Vater ist Zirkus- und Kaufmann und genießt als „Höfling schlechten Ruf, die Mutter wird als müderhafte Frau geschildert, die sich übermäßig um die Familie bemüht. Die Angeklagte war eine schlechte Schülerin und ist nach Bericht der Schulleitung ein volles Viertel ihrer Schulpflicht der Schule unentschuldig ferngeblieben, so daß sie nicht einmal ein Abgangszeugnis bekam. Sie ist eine notorische und gewohnheitsmäßige Lügnerin von Kindheit an und zweimal wegen Kleinigkeiten vorbehaftet. Außerordentlich ist sie unerschrocken, klein und etwas verwaschen.

Nach ihrer Angabe wurde sie im Mai vorigen Jahres als Neunzehnjährige von einem siebenjährigen jungen Mann vor dem Bohušhof, als sie beimfahren wollte, angeprochen, der sie dann überredete, mit ihm in ein Hotel zu gehen. Damals war sie Arbeiterin in einer Prager Fabrik. Der junge Bursch sei der Vater des Kindes. Ihre Schwangerschaft hat sie zu verleugnen gesucht, selbst ihrer Mutter gegenüber, die ihr keine Beweismittel machte, sondern im Gegenteil ihr Süßholz erleichtern wollte. In Weiskirchen verlor sie ihre Stellung und blieb einige Wochen zuhause.

Am 9. Februar d. J. fuhr sie nach Prag, angeblich um einen Posten zu suchen, und schrie abends zurüd. Von der Bohušstr. 12 bis zum Královopolský sind noch 7 Kilometer bis zu ihrem Heimatort Holubitz. Aber noch auf dem Bohušhof wurde sie von dem ersten Geburtswunden befallen. Von 8 Uhr bis 11 Uhr sah sie von Schmerzen gequält im Wartesaal, dann raffte sie sich auf und brachte den Mörder Franz Herman auf einen halbgelähmten Riksuattler, der ein winziges Kindchen in die Wiege brachte. Sie kannte ihn nicht, wußte aber, daß er Verwandter in der Bohušger Gegend habe, deren Kinder er persönlich auch nicht kannte. Sie stellte sich ihm als seine Nichte Anna Dobsz vor und bot um Nachquartier. Er nahm die vermeintliche Nichte gern auf, heizte noch tüchtig den Ofen und rief ihr den bequemsten Stuhl in dessen Nähe, damit sie es warm habe.

Gegen 1 Uhr morgens wachte ihn lautes Stöhnen. Auf seine Frage sagt sie ihm, sie habe Magenkrämpfe. Der gute Alte steht auf,holt Kräuterbesam und kocht ihr Kaffee. Plötzlich fällt sie zu. Keinen Entschluß fassend vom Stuhl und nun liegt er, wieviel es geschlagen hat. Auf der Erde liegend, bringt sie das Kind zur Welt. Ein „schönes, starkes, gesundes Kind“, meint der Zeuge vor Gericht. „O, du elende...“ Der Vorsitzende schnurrt ihm das Wort ab. Der halbgelähmte, aber überaus temperamentsvolle Greis muß den Geschworenen die Stellung der Angeklagten beim Geburtstakt demonstrieren — ein mehr als grotesker Anblick. Er tut es mit eindringlicher Deutlichkeit. Der Schädel des Kindes war zertrümmert, sie führt es darauf zurück, daß sie im Stehen geboren habe, und das Kind auf den Boden gefallen sei. Die Anklage des Mordes widerlegt diese Darstellung, sie hat liegend geboren, von einem Fall kann keine Rede sein.

Und fünf Minuten darauf erhebt sie sich bereits, paßt das Kind mit beiden Händen und wiszt es in ihre Kleintasche, stapft ihr Boden darauf und geht fort. Der Alte geht mit ihr. 120 Schritte von seinem Häuschen entfernt kommen die Nachwehen. Die Nachgeburt wird aufgefunden. Der alte Herran will sie im Garten oder Hofen zu einer Hebamme bringen, die in der Nähe wohnt. „Wer wohnt denn! Sie lief fort wie ein Stiefel!“ Und er ist lahm. Und nun macht sie sich auf den Heimweg (sieben Kilometer!), kaum eine

halbe Stunde nach der Entbindung. Unterwegs nimmt sie das Kind aus der Kleintasche. Es ist vollkommen naß und es sind einige Grade unter Null. Sie drückt nach eigener Aussage dem Kind etwa 3 Minuten die Kehle zu, bis es still ist, geht dann den zweiten Weg nach Hause und wirft die Kindesleiche in den offenen Brunnen des Gásthanse. Dann legt sie sich schlafen. Die Tötungsabsicht gibt sie zu.

Ein Kuriosum ist die Aussage des angeblichen Kindesvaters. Er ist heute 18 Jahre alt und sieht so jugendlich aus, daß Laute des Entsetzens im Publikum laut werden. Er erklärt, er habe die Angeklagte kennen gelernt, als sie einmal den letzten Zug vermissen hatte. Er habe ihr Geld fürs Nachquartier gegeben und sei auf ihre Aufforderung mitgegangen. Es sei aber weder diesmal noch später zu Intimitäten gekommen. Er habe sich jedesmal nur mit ihr unterhalten, weil er sie gern

hätte“. Er bleibt bei dieser Aussage auch noch eindrucksvoller Ermahnung des Vorsitzenden und zwar in recht glaubhafter Art und Weise. So unwahrscheinlich seine Behauptung klingt, man kann sich schwer vorstellen, daß dieses Kindergeßicht so lägen kann. Die Angeklagte bleibt bei ihren Behauptungen, die er nochmals in ruhiger Weise ablehnt.

Prof. Marx berichtet als Sachverständiger über den Totenschein. Der Tod des Kindes ist dadurch eingetreten, daß es mit dem Kopf auf einen harten Gegenstand mit Wucht aufgeschlagen wurde. Die Drosselung war dagegen ganz unbedeutend. Die Angeklagte leugnet hartnäckig, das Kind auf diese fürchterliche Weise getötet zu haben. Als es in den Brunnen geworfen wurde, war es schon tot.

Die Geschworenen sprachen nach kurzer Beratung die Angeklagte des Kindesmordes mit allen 12 Stimmen schuldig und beauftragten ebenfalls die Jury nach der Möglichkeit der Rötter einmündig befähigt. Das Urteil lautete auf drei Jahre schweren und verhärteten Kerker, was es schon ist.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Vor einer Aussperrung in der Handschuhindustrie im Erzgebirge.

Mehr als 1000 Arbeiter sollen brotlos werden.

Die Glacee- und Rappalederhandschuhindustrie hat Jahre einer ausgesprochenen Hochkonjunktur hinter sich. Es ist noch nicht zu lange her, da reichte die Zahl der gelernten Arbeiter nicht zu, um die übernommenen Aufträge rechtzeitig auszuliefern zu können. Die Unternehmer haben sich förmlich um die einzelnen gut qualifizierten Handschuhmacher gerauft. Lehrlinge wurden in Massen gezüchtet, trotzdem war zeitweiliger Arbeitermangel. Ueberstunden wurden jahrein, jahraus geleistet. Es ist in der Handschuhbranche so geradezu zur ständigen Einrichtung geworden, daß die Arbeiter statt 48 Stunden

60 bis 66 Stunden in der Woche und mehr arbeiten.

Wöchentliche Hißarbeiten wurden bis um 12 Uhr nachts, ja noch länger beschäftigt. Die Unternehmer haben für die Handschuhmacher nie die im Verträge festgelegte 40prozentige Ueberstundenschädigung bezahlt. Die Handschuhfabrikanten hatten einige sehr fette Jahre. Für die Handschuhmacher waren es Jahre erhöhter Arbeit und Anstrengung. Die Unternehmer konnten erhöhte Profite einflecken, die Handschuhmacher haben sich die Augenüberkulo und andere Krankheiten geholt.

In den letzten Monaten sind die Aufträge auf dem Weltmarkt nicht mehr in jenem Ausmaße zu verzeichnen als in früheren Jahren. Trotzdem werden aber ungewilligte Ueberstunden im selben Ausmaße geleistet wie früher. Von einer Krise in der Handschuhindustrie kann bis heute noch nicht gesprochen werden. Würde die Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche aus für die Handschuhindustrie gelten, so wie dies in den anderen Industriezweigen der Fall ist, so wären heute noch alle Handschuhmacher voll beschäftigt, vielleicht langte die Zahl derselben gar nicht aus. Durch die Ueberzeit und Heimarbeit sind allerdings auf der anderen Seite eine Anzahl jüngerer Handschuhmacher in den letzten Wochen entlassen worden. Dies beweist aber keinesfalls, daß wir einen schlechten Geschäftsgang haben, wie dies die Unternehmer so gerne auslegen.

Die veränderte Mode in der Handschuhherzeugung brachte es mit sich, daß der Manschettenhandschuh, der noch im Jahre 1928 und 1929 vorwiegend erzeugt wurde, durch den langen Handschuh verdrängt worden ist. Beide neuen Handschuhformen erfordern bei ihrer Herstellung eine bedeutend genauere und gewissenhaftere Arbeitsleistung. Die Folge davon ist, daß

der Handschuhmacher bei gleichem Tariflohn viel weniger verdient als dies bei den Manschettenhandschuhmachern der Fall war. Lohnentzug bei gleicher Arbeitszeit und erhöhter Körperlicher und geistiger Anstrengung von 1000 bis 2500 K in einem Jahre, können jederzeit nachgewiesen werden. Um einmal über die veränderten Verhältnisse mit den Unternehmern sprechen zu können, beschloß die Handschuhmacher in einer Vollversammlung am 24. Februar (an welcher auch zwei Vertreter der Genossenschaft teilnahmen)

um eine Vertragsrevision anzugehen.

Sie brachten in der Resolution zum Ausdruck, daß im Falle die Revision verworfen würde, der Lohnanteil des Vertrags als gekündigt gilt. Forderungen irgend welcher Art wurden keine aufgestellt, es handelte sich lediglich um eine Aussprache, in welcher über die eingangs angeführten Tatsachen gesprochen werden sollte. Weiter wurde das Ersuchen gestellt, die Löhne für die männlichen und weiblichen Hilfsarbeiter in den Betrieben mit aufzunehmen. Die Genossenschaft der Handschuhmacher hatte also Kenntnis von den Wünschen ihrer Arbeiter. In einer Vollversammlung der Genossenschaft der Handschuhmacher, an welcher auch Herr Dr. Hergeth als Vertreter des Industriellenverbandes teilnahm, wurde nun beschlossen, den am 31. März l. J. ablaufenden Vertrag auf ein weiteres Jahr zu verlängern. In der Vorrede des Briefes des Kreisverbandes des deutschen Hauptverbandes der Industrie heißt es unter anderem, daß für diesen Beschluß hauptsächlich der Umstand maßgebend war, daß in den meisten Betrieben reduziert gearbeitet wird und die Firmen die ohnehin geschmälernten Verdienste nicht noch weiter herabsetzen wollen. Dieser Beschluß kam, wie gesagt, am 26. Februar zustande. Genau 13 Tage später, am 11. März, teilte der Kreisverband des deutschen Hauptverbandes der Industrie in einer Vorrede mit, daß dem Ansuchen der Arbeiter um eine Vertragsrevision nicht stattgegeben wird, und

daß die Industrie eine Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent fordern mag.

Sanz abgesehen davon, daß ein solches Vorgehen mit dem so oft gepriesenen Wahlspruch „ein Mann, ein Wort“ gar nichts zu tun hat, hat der deutsche Hauptverband durch seinen Vertreter Herr Dr. Hergeth wohl kaum ein zweites Mal eine so plumpe und unkluge Komödie gespielt

Disziplin.

Der große Adolf hebt die Hand zu schrecklichem Gericht. Da schweigt das Volk im ganzen Land. Und alles lacht. Er spricht:
„Mein Herz ist nur von innen weich.
Nach außen aber hart,
Wer rebelliert, der wird sogleich
Bestrafet nach dem Art.“
Wer auch nur aufmüpft, steigt also auf zum Tempel mit hinaus,
Denn mein Prinzip ist die Gewalt,
Ich brauch sie auch zu Haus!
Zieh' ich dann, um mich selbst gehaut,
Allein ins Dritte Reich —
So bleib' mein Schicksal dennoch hart,
Wird auch das Hirn drinn weicht. R. 1.

als in diesem Falle. Erst Verlängerung des Vertrages, weil die Verdienste der Arbeiter geringer sind als in den früheren Jahren, und 13 Tage später wird eine Lohnherabsetzung um 10 Prozent gefordert.

Es ist deshalb begründlich und auch begründet, daß sich die Handschuhmacher mit aller Entschiedenheit wehrten, sich eine Lohnherabsetzung aufzwingen zu lassen. In zwei Verhandlungen, die am 26. März und 14. April in Adersbach stattfanden, haben die Unterhändler der Arbeiter den Unternehmern gegenüber nachgewiesen, daß ihr Vorgehen der Lage der Industrie keinesfalls förderlich sein könne und daß eine Lohnherabsetzung im Gegenteil dazu führen würde, eine qualitativ minderwertige Arbeit hervorzubringen. Auch sachmännlich wurde der Beweis erbracht, daß die Forderungen der Unternehmer unerfüllbar sind. Die Argumente der Unternehmer der Arbeiter konnten durch den Industriellenvertreter nicht widerlegt werden. Trotzdem aber beharrten die Unternehmer auf dem Lohnabbau. Nach einer kurzen Aussprache wurden die Verhandlungen als abgebrochen (nicht aber als gescheitert) erklärt.

Trotzdem haben nun die Unternehmer auf Weisung des Kreisverbandes des deutschen Hauptverbandes der Industrie

am Samstag, den 18. April, ungefähr 700 Handschuhmacher gekündigt.

Rechnet man die weiblichen und männlichen Hilfsarbeiter und Näherinnen dazu, so treibt man ungefähr 1100 Arbeiter in einen Lohnkampf, der gerade für die Orte des oberen Erzgebirges von einschneidender Bedeutung sein muß. Unverantwortlicher und leichtfertiger ist wohl kaum in einer zweiten Branche jemals eine Aussperrung provoziert worden. Und dies alles bei einer Arbeiterschaft, welche die ganzen früheren Jahre durchschnittlich pro Arbeiter und Jahr ungefähr 830 nicht bewilligte Ueberstunden leistete, für welche sie die im Verträge vorgesehene 40prozentige Ueberstundenzahlung nicht erhielt. Rechnet man den Stundenlohn eines Handschuhmachers mit K 4.20 bis K 4.70, so ergibt dies pro Arbeiter einen Betrag von 1200 K für nicht ausgezahlte Ueberstundenzuschläge oder bei 500 Handschuhmachern, die im Afford arbeiten, einen Betrag von 600.000 K in einem Jahre, den unsere Unternehmer als erhöhten Profit einstecken konnten. Zum Danke dafür, sollen die Handschuhmacher, weil sie sich nicht blindlings und ohne Wider dem Lohnabbau der Unternehmer fügen, auf die Straße geworfen werden. Brutaler und rücksichtsloser können Unternehmer wohl nicht mehr vorgehen.

Die Unterhändler der Arbeiter haben sich die größte Mühe gegeben, auf dem Verhandlungswege eine Einigung herbeizuführen. Wenn dies nicht gelungen ist, so fragen die Unterhändler, die am 14. April schon mit dem Vorschlag die Aussperrung durchzuführen, zu den Verhandlungen gekommen sind, die volle Verantwortung für die kommenden Ereignisse. Die Arbeiter, die um ihre Löhne einen ihnen aufgezwungenen Kampf führen, sehen mit Zuerst die kommenden Ereignissen entgegen, sind sie sich doch sicher, daß Recht und Gerechtigkeit auf ihrer Seite sind.

Der Fall Hecht.

Von Peter Holzer.

Die allzu wüßfährige Devotion des unentwogenen Anterianen vor Höflichkeitlichen braucht nicht immer wie im Falle Domela und anderen zu einer Klammage für das ewig gestrige Spektakel auszufolgen. Es ist auch schon andersherum gekommen, daß die Höflichkeit die Blamierten waren. Zumal in jenen Zeiten, da sie wirklich noch etwas zu beschlen hatten, oder sich häufig nicht sorgfältig genug überlegten, was sie zu beschlen gerühren.

Zu diesem Thema gibt es eine ergötzliche Geschichte, die dokumentarisch belegt ist. Die Alten befinden sich im Hausarchiv der ehemals hochherzoglichen Familie eines norddeutschen Kleinstaatcs. Sie bestehen aus einigen Protokollen, einem Brief, zwei Telegrammen, einem klangvollen Schulsdreißer und verschiedenen Kollentraktungen, die die jährliche Höhe von etwa 50.000 Mark erreichen und gewisse Rahmen die Begeleitungs zu dem „Fall Hecht“ bilden.

Wer war dieser Hecht? — Seines Zeitens ein junger Kammerdiener im großherzoglichen Schloss, der seinen Dienst so brav und redlich versah, daß er eines Tages die allerhöchste Aufmerksamkeiten der beiden jugendlichen Prinzessinnen erregte, mit denen die fürstliche Familie beglücknet war. Die beiden ultrablühenden jungen Damen spühen, wie das so auch andermärs dorgekommen

ist, eine große Zuneigung zu dem strammen Lakaien, so daß sie schließlich seine Dienste intensiver in Anspruch nahmen als üblich ist.

Lange konnte dies dreieckige Idol zwischen hoch und niedrig natürlich nicht dauern. Die Angelegenheit wurde ruchbar und ein Kleinkind erschütterte die Grundfesten des höflichen Hauses. Hochnotpeinliche Verbote teils im engsten Familienkreise, teils durch diskrete Hofbeamte wurden vorgenommen und förderten ebenfalls die Dinge zu Tage. Die Prinzessinnen heulten und der fidele Kammerdiener wußte als einzige Verteidigung nur immer die Tatsache anzuführen: „Ich konnte nichts! Ich befand mich in einer Zwangslage! Höflichkeit hatten befohlen!“

Die Folgen des Skandals waren verheerend. Die beiden Prinzessinnen wurden schleunigst in ein neues, möglichs weit entfernt gelegenes Vaterland verbannt, wo eine Millionenmühtig alle moralischen Mängel zudeckt. Und dem allzu gehorsamen Kammerdiener wurde durch eine Übergabe von 30.000 Mark der Mund gestopft.

Damit war der „Fall Hecht“ aber keineswegs erledigt. Er fand zwei Jahre später ein groteskes Nachspiel, in welchem Herr Hecht ebenfalls die Hauptrolle spielte.

Im Besitze seines wohlverdienten Reichtums war der ehemalige fürstliche Lakai nach Berlin gezogen und hatte dort — in der Alexanderstraße — eine Kneipe aufgemacht, die er in lustiger Selbstparodie „Zum lustigen Hecht“ taufte. Das Lokal fand guten Zuspruch, da Herr

Hecht so amüßant von dem Leben an kleinen deutschen Fürstentümern zu erzählen wußte. Leider aber verstand Herr Hecht nicht zu wirtschaften. Er erwiderte seine Leidenschaft für Rennwetten und andere noble Passionen, für die seine Verhältnisse nicht ausreichten. Und siehe da, eines Tages war sein Kapital aufgezehrt und er stand wieder mit leeren Händen da!

Aber Herr Hecht verzweifelte nicht. Eines Tages setzte er sich hin und versah ein längeres Schreiben an jenes großherzogliche Hofmarischallamt, das ihm bereits einmal unter die Arme gegriffen hatte. Er erwähnte kurz seine mißliche Lage und daß er dem Plan gefaßt habe, nach Amerika auszuwandern. Die Mittel dazu habe er bereits in Aussicht, denn ein großer Betrag habe ihm 15.000 Mark geboten, wenn er seine Erinnerungen aufschreiben und veröffentlichen wolle. Er, Hecht, habe noch nicht endgültig zugestimmt, aber sich zu seinem Privatvergnügen bereits an die Arbeit gemacht und schon recht gute Fortschritte erzielt usw. usw.

Diesen Wink mit dem Zaunpfahl sandte Herr Hecht per Einschreiben ab und wartete auf Antwort. Eine Anzeige wegen verurteilter Erpressung fürchtete er wenig, denn er wußte, wie empfindlich hochstehende Herrschaften gegen drohende Skandale sind.

Und richtig, nach einigen Tagen empfang er ein Telegramm: „Erwerben Manuskript gegen 20.000 Mark gegen bindende Verpflichtung, Europa zu verlassen.“ Hecht tat einen Freudenprung und drahtete sofort sein Einverständnis

zurück. Und noch ein paar Tage später erschien ein Besollmächtigter in Berlin, der von Herrn Hecht ein versiegeltes Paketchen mit der Handschrift seiner „Erinnerungen“ empfing und ihm dafür die ausbedungene Summe in bar auszahlte. Gleichzeitig überreichte er ihm noch eine Fahrkarte für den nächsten jälligen Dampfer nach New York und wich ihm nicht eher von der Seite, bis Herr Hecht auf dem Desser schwamm.

Die Rolle des Kammerdieners in der intimen Geschichte jenes Fürstentums war damit ausgespielt. Man hat nie wieder etwas von ihm gehört. Sein Manuskript aber besitzt den Ruf, das höchste Honorar eingebracht zu haben, das jemals für ein schriftstellerisches Zeugnis gezahlt worden ist. Es ist ein gewöhnliches Großschöffchen, in welchem etwa drei Seiten mit Bleistift beschrieben sind! Es enthält etwa 300 Worte! Herr Hecht hat also pro Wort 200 Mark erhalten! Das soll ihm einmal ein deutscher Schriftsteller nachmachen!

Von den beiden Prinzessinnen, die Herrn Hecht mit so verföhrenden und lohnenden Befehlen traktiert haben, hat man in der Öffentlichkeit erst kürzlich wieder gehört, als ihnen von einem deutschen Gericht eine neuerliche Anweisung von einigen Millionen zugesprochen wurde. In Deutschland hat die Phrase „Höflichkeit haben befohlen“ ja leider immer noch nicht ihre Geltung verloren. Es befohlen dort immer noch viel zu viele Höflichkeit und beflissene Anterianen gehorchen diesen Befehlen.

